SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Grüne Freiräume in Ankunftsquartieren: Funktionen und Herausforderungen für ihre kooperative Entwicklung

Haase, Annegret; Schmidt, Anika

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung - UFZ

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Haase, A., & Schmidt, A. (2019). *Grüne Freiräume in Ankunftsquartieren: Funktionen und Herausforderungen für ihre kooperative Entwicklung.* (UFZ Discussion Papers, 4/2019). Leipzig: Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung - UFZ. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-63120-4

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-SA Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Weitergebe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY-NC-SA Licence (Attribution-NonCommercial-ShareAlike). For more Information see:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

HELMHOLTZ
ZENTRUM FÜR
UMWELTFORSCHUNG
UFZ

UFZ Discussion Papers

Department of Urban and Environmental Sociology

4/2019

Grüne Freiräume in Ankunftsquartieren: Funktionen und Herausforderungen für ihre kooperative Entwicklung

Annegret Haase, Anika Schmidt

Juni 2019

Publisher:
Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung GmbH – UFZ
Permoserstr. 15
04318 Leipzig

ISSN 1436-140X

Dieses Working Paper wurde im Kontext des Verbundprojekts „KoopLab: Teilhabe durch kooperative Freiraumentwicklung in Ankunftsquartieren“ (2018 – 2020) verfasst, das vom BMBF in der Förderinitiative „Zukunftsstadt“ finanziert wird. Die Autorinnen danken den ProjektpartnerInnen für die Unterstützung und anregenden Diskussionen bei der Erarbeitung dieses Beitrags und Anne Wessner vom UFZ für die sorgfältige lektorische Bearbeitung.

Dieses Working Paper kann wie folgt zitiert werden:
Haase, Annegret; Schmidt, Anika: Grüne Freiräume in Ankunftsquartieren. Funktionen und Herausforderungen für ihre kooperative Entwicklung, UFZ Discussion Papers 4/2019, Department of Urban and Environmental Sociology, Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung – UFZ, Leipzig.
https://www.ufz.de/export/data/global/228313_DP_2019_04_HaaseSchmidt.pdf

Über die Autorinnen:
Dr. Annegret Haase und Anika Schmidt sind wissenschaftliche Mitarbeiterinnen am Helmholtz-Zentrum für Umweltfoschung – UFZ, Department Stadt- und Umweltsoziologie.

Annegret Haase[1] und Anika Schmidt

Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung – UFZ Leipzig, Department Stadt- und Umweltsoziologie

Redaktionsschluss: Juni 2019

Grüne Freiräume in Ankunftsquartieren: Funktionen und Herausforderungen für ihre kooperative Entwicklung

Einleitung und Struktur[2]

Grüne Freiräume haben viele Funktionen und erfüllen wichtige Aufgaben innerhalb der Städte. Es handelt sich dabei vor allem um öffentlich zugängliche städtische Teilräume (wie z.B. Plätze, Parks, urbane Wälder), aber auch teil-öffentliche Räume, wie z.B. Gemeinschaftsgärten oder begrünte Freiflächen zwischen Gebäuden.

Öffentlich zugängliche Plätze und Parks sind zum einen repräsentative Orte und zählen zu den wesentlichen Ausstattungsmerkmalen städtischer Räume. Hochwertig gestaltete öffentliche Plätze und attraktive Grünflächen sind zudem ein nicht zu unterschätzender Faktor für die Attraktivität und Wertigkeit von Wohn- und Gewerbestandorten. Nicht zuletzt sind öffentliche Räume die Bühne des öffentlichen Lebens – die Orte, an denen sich „Urbanität" abspielt, an denen verschiedene Bevölkerungsgruppen und ihre jeweiligen Nutzungsbedarfe und -interessen aufeinandertreffen. Gerade im Kontext der zunehmenden Bedeutung von Zuwanderung und der gestiegenen sozialen Heterogenität und Differenzierung in den Städten wächst auch die Bedeutung öffentlicher Frei- und Grünräume als Orte der Begegnung, Kommunikation und Teilhabe.

Es gibt Stadträume, die in besonderer Weise durch (internationale) Zuzüge gekennzeichnet sind und die im Folgenden als Ankunftsquartiere oder -kontexte bezeichnet werden. Es stellt sich die Frage, welche Rolle grüne Freiräume und das gemeinschaftliche Nutzen und Gestalten derselben für den sozialen Zusammenhalt in diesen hochgradig diversen und dynamischen Ankunftskontexten spielen können, vor allem, da das Leben in diesen Stadträumen oftmals durch schwierige Lebens- und Wohnbedingungen (wie z.B. Prekarität, Einkommensarmut, hohe Fluktuation der AnwohnerInnen, beengte Wohnverhältnisse, hohe Dichte) geprägt ist.

Daher lohnt es sich, diesen Zusammenhang näher zu betrachten: Welche spezifischen Bedingungen sind in heterogenen, hochdynamischen Quartieren mit einer starken Präsenz von Neuzugezogenen (inklusive Personen mit Migrationshintergrund) für Frei- und Grünräume gegeben? Welche Rollen und Funktionen erfüllen sie, welche Bedarfe bestehen? Wie ist dieser Kontext in die bisherige Debatte zur Rolle und Funktion von urbanen Frei- und Grünräumen im Quartier einzuordnen? Welche Bezüge bestehen zu sozial-ökologischen Ungleichheits- und Gerechtigkeitsdebatten? Welches Wissen gibt es bezüglich der kooperativen Entwicklung urbaner Freiräume und deren Beitrag zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts im Quartier sowie zu dessen ökologischer Aufwertung?

Vor diesem Hintergrund thematisiert das vorliegende Diskussionspapier die Rolle und Bedeutung wohnungsnaher Frei- und Grünräume in Wohnvierteln, wobei es den Fokus auf die spezifische Situation in sogenannten Ankunftsquartieren richtet. Am Beginn steht daher eine „Gegenstandsbestimmung" zum Nexus zwischen den spezifischen Charakteristika von Ankunftsquartieren und der Rolle, Funktion und Bedeutung von Frei- und Grünräumen sowie deren kooperativer Entwicklung.

[1] Kontakt: annegret.haase@ufz.de, anika.schmidt@ufz.de

[2] Dieses Diskussionspapier entstand im Rahmen des BMBF-geförderten Projekts „KoopLab – Teilhabe durch kooperative Freiraumentwicklung in Ankunftsquartieren" (2018 – 2020). Das Projekt ist Teil der Förderinitiative „Zukunftsstadt". Projektwebseite: www.kooplab.de.

Unser Verständnis urbaner grüner Freiräume lehnt sich an die Auffassung von Böhm et al. (2015: 16) an, nach der es im Kern um nicht bebaute Flächen mit unterschiedlicher Bedeckung und Dichte von Vegetation geht.

> *„Urbanes Grün bezeichnet alle Formen temporärer und permanenter städtischer Grünräume sowie städtischer Grünstrukturen an Gebäuden (u.a. öffentliche Parks und Gärten, Alleen, Grüngürtel, Stadtwälder, Friedhöfe, Ruderalflächen, ruderalisierte Brachflächen, wohnbezogene Grünanlagen, Klein-, Mieter- und Gemeinschaftsgärten, Hof-, Dach- und Fassadenbegrünungen, grüne Zwischennutzungen). Auch Blauräume – Gewässer einschließlich Gewässerufer – zählen zum urbanen Grün. Graue Freiräume, die vorwiegend versiegelt sind, können zu urbanem Grün entwickelt werden bzw. erfüllen bei signifikantem Grünanteil bereits wichtige Funktionen urbanen Grüns." (ebd.)*

Als Ankunftsquartiere oder Ankunftskontexte werden im Folgenden Quartiere verstanden, welche sich durch eine große Heterogenität ihrer Wohnbevölkerung auszeichnen sowie durch einen hohen Anteil an Bevölkerung mit Migrationserfahrung. Gleichzeitig ist für solche Kontexte eine hohe residentielle Dynamik und Fluktuation der BewohnerInnen charakteristisch. Diese Merkmale überlagern sich mit einem überdurchschnittlichen Vorhandensein multipler Benachteiligung, Einkommensarmut sowie unterdurchschnittlicher bzw. sogar prekärer Wohnbedingungen (Hans et al. 2019).

Nach der Einleitung und Darstellung des thematischen Nexus von Freiräumen, kooperativer Entwicklung und den Bedingungen in Ankunftsquartieren im **ersten Teil** gliedert sich das Diskussionspapier wie folgt: Der **zweite Teil** beschäftigt sich mit der Rolle und Funktionalität der Frei- und Grünräume im Quartier und es werden Ungleichheits- und Gerechtigkeitsfragen diskutiert. Dabei geht es ebenso um Fragen der Aneignung dieser Räume und die damit verbundenen In- und Exklusionen bzw. die Möglichkeit eines gleichberechtigten Neben- und Miteinanders verschiedener Gruppen von NutzerInnen. Nicht zuletzt werden auch Ungerechtigkeiten im Zuge der (grünen) Aufwertung benachteiligter Quartiere angesprochen, welche zu steigenden Wohnkosten und zunehmender Verdrängung führen kann. Schließlich wird die Diskussion zu urbanen Frei- und Grünräumen in der strategischen Planung, der Politik und mit Bezug auf die Entwicklung der Stadtgesellschaft in den Blick genommen.

Im **dritten Teil** geht es insbesondere um die sozialen Funktionen urbaner Frei- und Grünräume als Orte der Erholung und Freizeit, der Begegnung und Kommunikation sowie des Aushandelns von Interessen. Aber auch ihre Rolle als Ort der Naturerfahrung und des Lernens über Natur, ihre gesundheitsfördernde Funktion sowie ihre Rolle als grüne Infrastruktur und Ort der Bereitstellung urbaner Ökosystemleistungen werden erörtert und in einem Exkurs zum Beispiel der urbanen Gemeinschaftsgärten vertieft. Im **vierten Teil** werden Zusammenhänge zwischen den spezifischen Bedingungen von Ankunftsquartieren und ihrer heterogenen, sich dynamisch verändernden Bevölkerungsstruktur und den (ebenso heterogenen, ggf. auch widersprüchlichen) Bedarfen an Frei- und Grünräumen sowie den Anforderungen an Beschaffenheit, Qualität, Funktionalität und Ausstattung derselben in den Mittelpunkt gerückt. Ebenso werden Zusammenhänge zwischen Benachteiligung sowie prekären Lebens- und Wohnbedingungen und der Nutzung von bzw. den Bedarfen an Freiräumen diskutiert.

Im **fünften Teil** geht es um kooperative Ansätze der Freiraumentwicklung mit einem besonderen Fokus auf die spezifischen Bedingungen heterogener und/oder benachteiligter Quartiere, zu denen viele Ankunftsquartiere zählen. Zunächst wird der Wissensstand zu kooperativen Ansätzen „zwischen top-down und bottom-up" skizziert. Danach werden Schritte und Formate solcher Ansätze beschrieben und deren Chancen und Risiken kritisch reflektiert. Zum Schluss werden, basierend auf dem dargestellten Wissensstand, im **sechsten Teil** Leerstellen und Wissenslücken identifiziert und daraus Fragen bzw. Bedarfe für die zukünftige Forschung formuliert.

1. Zum Nexus von Freiräumen, ihrer kooperativen Entwicklung und den Bedingungen in Ankunftsquartieren – eine Gegenstandsbestimmung

Um das Verständnis der hier diskutierten Fragen zu erleichtern, sollen zunächst einige konzeptionelle Überlegungen zu den Zusammenhängen zwischen Freiräumen, ihrer kooperativen Entwicklung und den spezifischen Bedingungen von Ankunftsquartieren vorgestellt werden. Diese Zusammenhänge beschreiben wir auf Grund ihrer Vielschichtigkeit als Nexus mit verschiedenen Dimensionen (siehe Abb. 1). Innerhalb dieses Nexus ist es relevant, die Rollen und Funktionen von grünen Freiräumen für den spezifischen Kontext von Ankunftsquartieren zu skizzieren. Zudem wird die kooperative Freiraumentwicklung mit dem Setting des Ankunftsquartiers zusammengedacht. Es stellt sich daher die Frage, inwiefern Möglichkeiten bestehen, durch eine kooperative Entwicklung und Gestaltung von Freiräumen zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts und zur Aufwertung urbaner Freiräume (aus ökologischer Perspektive) beizutragen sowie deren Funktion als Orte sozialen Miteinanders zu stärken.

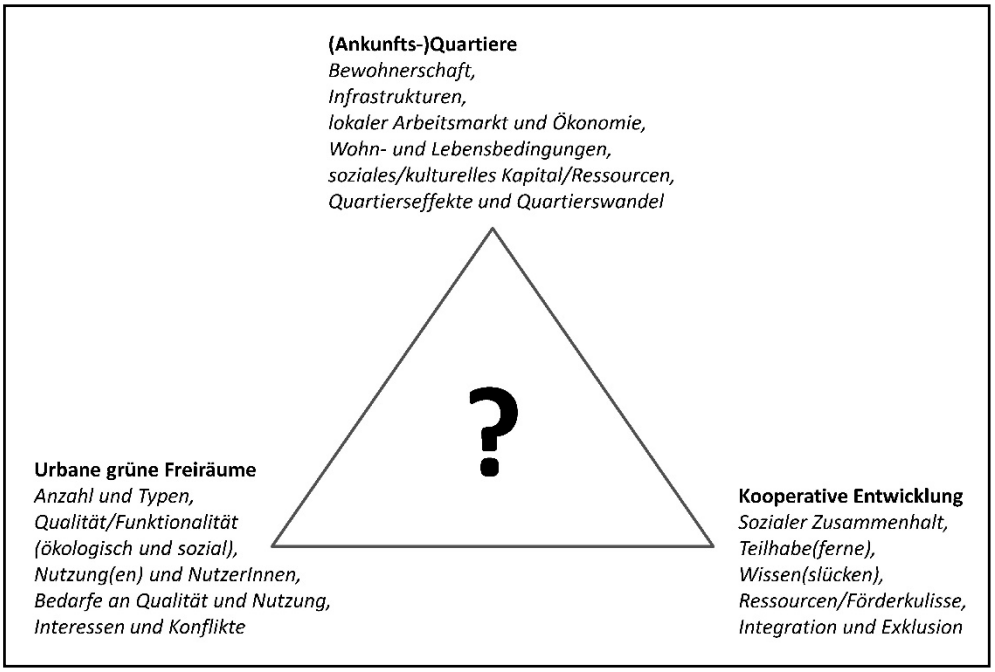


Abb. 1: Nexus Ankunftsquartier – grüne Freiräume – kooperative Entwicklung

Zunächst existiert eine große **Vielfalt an Formen und Typen von grünen Freiräumen**, die ganz unterschiedliche Merkmale, Qualitäten und Ausstattungen aufweisen. Darüber hinaus ist zu analysieren, welche Funktionen Freiräume im Quartier haben. Dabei geht es sowohl um ökologische (z.B. Bereitstellung von Biodiversität und Ökosystemleistungen) als auch um soziale Funktionen im Sinne eines Aufenthalts- und Begegnungsraumes sowie eines Ortes der Kommunikation und Interaktion (Kowarik et al. 2016). Oftmals haben Freiräume sowohl ökologische als auch soziale Funktionen, jedoch steht die des Aufenthalts- und Begegnungsraumes vor allem bei wohnungsnahen Freiräumen im Quartier zumeist im Vordergrund. In Abhängigkeit von ihrer Funktionalität können sehr verschiedene Nutzungen – etwa bezogen auf Erholung, Sport und Spiel, gemeinsames Gärtnern etc. – auf diesen Flächen stattfinden. Damit im Zusammenhang steht die Frage, wer die NutzerInnen der Freiräume sind, welche Bedarfe oder Nutzungsinteressen sie an grüne Freiräume haben und ob sich diese Bedarfe in der Funktionalität und Ausstattung der Freiräume widerspiegeln bzw. ob es Konflikte oder Gegensätze zwischen verschiedenen Bedarfen gibt, welche sich mit Bezug auf ein- und denselben Freiraum schwer oder gar nicht gemeinsam realisieren lassen. Damit im Zusammenhang ist zu diskutieren, welche Ansprüche es an die Qualität der Gestaltung und Ausstattung des Freiraumes gibt. Nicht zu-

letzt geht es schließlich um die Frage, wie offen die Freiräume sein sollen bzw. müssen für ein Nebeneinander verschiedener Funktionen und Nutzungen (Stichwort: multifunktionales urbanes Grün, vgl. BMUB 2015a, Rittel et al. 2014) und welche Bedarfe an geschützten bzw. nutzungsspezifischen Räumen es gibt.

Als **Ankunftsräume**[3] fassen Hans et al. (2019: 4, siehe auch Kurtenbach 2015) diejenigen städtischen Teilräume auf, welche „in besonderer Weise von Zuwanderung, einer hohen Fluktuation der Bewohnerschaft, Armut, transnationalen Lebensweisen und einer räumlichen Konzentration ankunftsorientierter Gelegenheitsstrukturen geprägt sind", also Räume des Ankommens im Sinne eines Zugangs zu funktionalen, sozialen und symbolischen Ressourcen (ebd.: 5). Sie haben eine sehr heterogene, von Vertovec (2007) auch als „super-divers" bezeichnete Bevölkerungsstruktur und es handelt sich dabei oftmals um benachteiligte Quartiere, in denen prekäre Lebens- und Wohnverhältnisse überdurchschnittlich bestehen (Haase, A. et al. 2019). Grenzziehungen zwischen Gruppen, „othering" und Konflikte gehören zum Alltag (u.a. Barth 1969, Blokland 2017). Diese Bedingungen stellen einerseits eine Herausforderung für den sozialen Zusammenhalt in diesen dar, ein Teil der Forschung sieht sie jedoch auch als Keimzelle für das Sichtbarwerden und Sichtbarmachen und, letztendlich, Verhandeln von Konflikten und damit für die Anpassung von urbanen Quartieren und ganz besonders von Ankunftskontexten an die bestehenden, besonderen Herausforderungen (Meerow et al. 2016).

Urbane grüne Freiräume bieten unter diesen Umständen wichtige Gelegenheitsstrukturen für Begegnung und Kommunikation bzw. Interaktion, welche zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts beitragen können (Schillebeeckx et al. 2018), aber auch wichtige Infrastrukturen für Erholung, Freizeit und die Stärkung der physischen und mentalen Gesundheit. Es ist zu analysieren, inwieweit und wie sich die spezifischen Bedingungen in solchen Quartieren auf die bestehenden Anforderungen an die Qualität und die Nutzung von Freiräumen niederschlagen und welche Bedingungen es für eine kooperative Entwicklung derselben gibt. Nach Hans et al. (2019: 10) bietet die Forschung zu Ankunftsräumen die Möglichkeit, die Funktionen, die Teilbereiche unserer Städte für die Integration Zugewanderter einnehmen, besser zu verstehen und „die konstituierende und transformierende Kraft von Zuwanderung und ihr[en] Einfluss auf die Stadtentwicklungspraxis" tiefer zu beleuchten. Diese Räume stellen dadurch einen spezifischen Kontext für die Diskussion zu Freiraumentwicklung und Stadtgrün dar.

> *„Neben den sozialen Netzwerken haben physisch-räumliche und institutionelle Strukturen eine Bedeutung für die Funktion der beschriebenen Orte. Eine gewisse Wohndichte, öffentliche Plätze und wohnungsnahe Freiflächen bieten die Möglichkeiten zum Begegnen und sind wichtige Kontexte für das ‚Funktionieren' dieser Orte." (Hans et al. 2019: 4)*

Mit Verweis auf Saunders (2011: 58) machen auch Hans et al. (2019: 4) auf die übergeordnete Rolle von Governance im Kontext der Anerkennung und Unterstützung von Ankunftsräumen auf allen Ebenen aufmerksam. Dazu zählen Regulierungen auf nationaler Ebene (wie z.B. Arbeitsmarktzugang) und städtischer Ebene (z.B. Wohnraum- und Integrationspolitik sowie Freiraumplanung) sowie generell der Einbezug lokaler Akteure in Governance-Prozesse auf Stadt- und Quartiersebene.

Die Heterogenität der Bevölkerung sowie die hohe Fluktuation in Ankunftskontexten macht es wahrscheinlich, dass die Bedarfe der BewohnerInnen an Frei- und Grünräumen sowie deren Nutzung nicht ausreichend erfasst werden. Darüber hinaus zeichnen sich gerade solche Quartiere generell durch eine höhere Distanz der Bevölkerung zu üblichen Beteiligungsformen aus. Ihre Bedarfe sind bisher schwer oder gar nicht über „normale" Informations- und Konsultationsverfahren eingebunden, bzw. die Vielfalt der Quartiersgesellschaft und ihre Bedarfe werden in öffentlichen oder Teilhabeprozessen nicht ausreichend sichtbar (Berding 2013). Daher ist der Fokus sowohl auf die Analyse der lokalen Akteursbeziehungen und -interessen zu legen als auch darauf, wie vielfältige Bedarfe und bislang nicht integrierte Wissensbestände einzubinden sind.

[3] Trotz einer zunehmenden Rezeption des Begriffs der Arrival City (Saunders 2011), bzw. Ankunftsstädte oder -räume, steht eine wissenschaftlich fundierte, analytische Einordnung bislang noch aus (vgl. Hans et al. 2019: 5).

Schließlich bezieht sich der „Nexus“ auf die Frage, wie **kooperative Ansätze** einer Freiraumentwicklung – verstanden als die Schaffung neuer oder Qualifizierung vorhandener Grün- und Freiräume – zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts sowie zur Verbesserung der ökologischen Qualität in Ankunftsquartieren beitragen können bzw. vor welchen spezifischen Herausforderungen solche Ansätze im beschriebenen Kontext stehen. Die Verantwortung für den Erhalt und die Weiterentwicklung urbaner Freiräume wird zu einer „Gemeinschafts- und Daueraufgabe, an der zahlreiche Akteure innerhalb und außerhalb der Verwaltung beteiligt sind“ (BBSR 2017a: 163). Die Impulse für kooperative Prozesse können dabei top-down durch die Kommunen oder bottom-up durch Initiative der Zivilgesellschaft gesetzt werden. Lokale Kooperationen zur Freiraumentwicklung können lang- oder kurzfristiger Art sein (Sondermann 2015: 106) und entstehen beispielsweise durch die Zusammenarbeit von Ämtern, Vereinen und zivilgesellschaftlichen Initiativen oder auch Wohnungsunternehmen (Vgl. BBSR 2017a: 163, Sondermann 2015: 100f.). Als Kriterien für kooperativ angelegte kommunale Planungsprozesse nennt Sondermann (2017) eine strategische Ausrichtung der Stadtpolitik, die verwaltungsinterne Klärung von Zuständigkeiten und AnsprechpartnerInnen und die ausreichende Ausstattung der Verwaltung mit Personal und Finanzmitteln, um neue Handlungsroutinen zu finden und Kooperationen umzusetzen.

Im Folgenden wird der Forschungsstand zu den bisher skizzierten thematischen „Eckpunkten“ dieses Nexus vorgestellt und deren Zusammenwirken im Kontext einer kooperativen Freiraumentwicklung in Ankunftsquartieren näher beschrieben.

2. Grüne Freiräume im urbanen Quartier

2.1. Rolle und Funktionen grüner Freiräume im Quartier

Wenn im Folgenden von urbanen Frei- und Grünräumen die Rede ist, geht es gemäß der in der Einleitung vorgestellten Kriterien vornehmlich um öffentliche oder zumindest halböffentliche Räume. Als öffentlicher Raum wird dabei „die Gesamtheit aller Flächen in einem Gemeindegebiet bezeichnet, die für die Allgemeinheit zugänglich“ und damit auch öffentlich nutzbar sind (Fugmann et al. 2017: 9). Mit diesem Verständnis öffentlicher Räume wird also ein „Angebot“ bezeichnet, das durch verschiedene „Nachfragen“, die sich hinsichtlich der Gruppen von NutzerInnen, Zeiträume und Arten der Nutzung unterscheiden, erschlossen werden kann. Es geht somit, zunächst sehr allgemein, um Gelegenheitsräume für Aktivitäten.

Urbane Frei- und Grünräume bilden ein **breites Spektrum** und variieren stark in ihrer Größe, Lage, Funktionalität, Qualität und Ausstattung. Dazu gehören Parks, (teil-)begrünte Plätze, begrünte Straßenecken, begrünte Rad- und Gehwege oder Durchgänge, Höfe, urbane Gärten/Kleingärten, Straßengrün, Sport- und Spielplätze, Friedhöfe, Zwischennutzungsflächen, Brachflächen, urbane Waldflächen und auch Wasserflächen. Frei- und Grünräume unterscheiden sich weiterhin in Bezug auf Bewuchs, Struktur, Gepflegtheit, Eigentum und Zugänglichkeit. Es gibt einen reichhaltigen Literaturschatz zu verschiedenen Typen urbaner Frei- und Grünräume sowie ihrer Beschaffenheit, Qualität, Ausstattung etc. (z.B. Jirku/Ahlert 2013, Kowarik et al. 2016, Rittel et al. 2014, BfN 2017, BMUB 2015, BBSR 2017a), insbesondere zu urbanen Parks und Erholungsflächen, aber auch zu urbanen Gärten, v.a. ihrer neueren Form der Gemeinschaftsgärten auf Quartiersebene mit einem Fokus auf gemeinschaftlichen Aktivitäten. Weiterhin gibt es Forschungen zur ökologischen und sozialen Bedeutung von urbanem Grün für die Lebensmittelproduktion (z.B. Müller 2010, 2012, BMUB 2015a, Rosol 2006, 2011, Fox-Kämper et al. 2015, Karge 2013, Bayrischer Städtetag 2017), zu (traditionellen) Kleingärten (BDG 2017) und ebenso zu neu geschaffenen Grünflächen (auf urbanen Brachen) sowie zu urbanen Wasserflächen (der sogenannten „blauen Infrastruktur“ oder „Stadtwasser“, vgl. Haass 2010).

Es gibt sehr verschiedene **Perspektiven auf Stadtgrün und dessen Rolle und Funktionalität**. Vor allem aus planerischer, aber durchaus auch aus stadtökologischer Perspektive wird Stadtgrün oft als „grüne Infrastruktur“ (GI) oder „urbane grüne Infrastruktur“ (UGI) bezeichnet. Dieser Ansatz betrach-

tet Stadtgrün vor allem mit Blick auf die Nutzung durch die Bevölkerung und ihre darin bestehende Funktionalität (Pauleit et al. 2018, BfN 2017):

> *„[Urban Green Infrastructure] is understood as both multifunctional networks of green and blue spaces and the processes that govern its development […]. It has the potential to make substantial contributions to meet policy objectives for improving public health, providing opportunities for recreation, enhancing social cohesion, supporting the local economy, protecting biodiversity, and helping cities adapt to a changing climate."* (Pauleit et al. 2018: 1)

Der UGI-Ansatz betont die Multifunktionalität urbaner Grünräume – sie dienen gleichzeitig der Erholung, dem Erhalt der Biodiversität, der Förderung von Gesundheit und Wohlbefinden, der Bereitstellung von Ökosystemleistungen und dem Klimaschutz sowie als Lernort und als sozialer Begegnungs- und Interaktionsraum (BfN 2017). Da Menschen pro Jahr durchschnittlich 80 Stunden in öffentlichen Parkanlagen und Stadtwäldern verbringen (BMUB 2015a: 31), spielt Stadtgrün als Ausstattungsfaktor urbaner Quartiere eine wesentliche Rolle für die Wohnumfeldqualität und – als grundlegende öffentliche Infrastruktur – für eine hohe Lebensqualität in Städten.

Die Diskussion zur Rolle und Funktion von Freiflächen im Quartier ist bereits seit vielen Jahrzehnten in der Stadtforschung und Stadtplanung verankert. Hierzu zählen beispielsweise die Freiraumstudien von Jane Jacobs aus den frühen 1960er Jahren (Jacobs 1963) oder auch der etwas jüngere Diskurs zur sozialen Funktion von Freiräumen in der Freiraumsoziologie (z.B. Tessin 2012).

Die **Wahrnehmung urbaner grüner Freiräume** kann dabei sehr verschieden sein und hängt sowohl von sozialisationsbedingten Faktoren als auch von individuellen Dispositionen ab (Vierikko et al. 2016, 2017, Elands et al. 2015, 2018, Fischer et al. 2015). In der Stadtökologie wird unter dem Begriff „biocultural diversity" auf diesen Zusammenhang hingewiesen und es fand in den letzten Jahren eine Intensivierung der wissenschaftlichen Auseinandersetzungen unter diesem Stichwort statt. Vergleichende Studien zur Wahrnehmung und Nutzung von Grünflächen in verschiedenen kulturellen Kontexten haben ergeben, dass es große Unterschiede bezüglich der Vorstellungen von Grünraumgestaltung bzw. -ausstattung und den realisierten Nutzungen gibt (Schetke et al. 2016).

Die Nähe zum Wohnumfeld spielt für die **alltägliche Nutzung** der Grünräume eine wichtige Rolle. Ihre Erreichbarkeit für die QuartiersbewohnerInnen ist von entscheidender Bedeutung. Aber auch ihre Pflege und Erhaltung sind wesentliche Faktoren, wenn es um die Wohn- und Lebensqualität der BewohnerInnen geht. Hier stehen finanzschwache Kommunen vor dem Problem der Unterhaltung und Finanzierung der Pflege. In der Fachliteratur wird zudem über das ebenfalls wichtige Merkmal bzw. die Qualität der Vernetzung – die „Konnektivität" – gesprochen (Pauleit et al. 2018, Schwarz et al. 2017, Xu et al. 2018). Hierbei geht es um Verbindungen zwischen Grün- und Freiräumen, um die Schaffung grüner „Schneisen" und zusammenhängender Grünstrukturen für Menschen, Tiere und Pflanzen:

> *„So können grüne Verbindungen oder vernetzte Park- und Waldgebiete beispielsweise dazu beitragen, innerstädtische Wege an einem heißen Sommertag leichter zu bewältigen. Dies kann effektiv zu einer Verminderung des Hitzestresses führen. Vernetzte Grünstrukturen sind nicht nur für uns Menschen von Bedeutung. Auch Pflanzen und Tiere benötigen weiträumige Aufenthalts- und Nahrungsreviere. Darüber hinaus ist die Fortpflanzung bestimmter Arten an einen regelmäßigen Wechsel zwischen unterschiedlichen Habitaten gebunden."* (BMUB 2015a: 28)

Diese Sichtweise schafft eine Verbindung zur Debatte über die sozialen Funktionen von Freiräumen (siehe nächster Teil). Aus **freiraumsoziologischer Perspektive** können Grünräume auch als „behaviour settings" beschrieben werden (Tessin 2012), also als „soziale Institutionen" mit repräsentativen, pädagogischen und distinktiven Funktionen. Öffentliche Grünflächen haben eine regulierende Funktion für Verhalten durch ihre Gestaltung sowie durch existierende Werte- und Normvorstellungen für ein konformes Verhalten bei ihrer Nutzung. Sie können mehr oder weniger nutzungsoffen sein und mehr oder weniger inklusiv oder exklusiv für die Nutzung durch verschiedene Gruppen bzw. für un-

terschiedliche Bedarfe und Aktivitäten. Hier kann es zu Konkurrenzen oder gar Konflikten zwischen verschiedenen Nutzungen und/oder Gruppen kommen. Im Extremfall bedeutet die Aneignung eines Freiraumes/einer Freifläche durch eine Gruppe von NutzerInnen den Ausschluss anderer; die Fläche wird für bestimmte Personengruppen, die potentielle NutzerInnen sein könnten, zum „Meideort oder zur Angstzone“ im Sinne der Sozialraumanalyse (z.B. Riege/Schubert 2002, Bartl et al. 2019: 34).

Grün- und Freiflächen sind ein wichtiger Bestandteil des Wohnumfelds und haben eine große **Bedeutung für die Wohn- und Lebensqualität**, jedoch variiert diese Bedeutung stark zwischen verschiedenen Gruppen von BewohnerInnen (nach Alter, Haushaltstyp, Lebensphase, Lebensstil etc.), so dass eine generelle Bewertung schwierig ist. Zahlreiche Studien zeigen, dass die Bewertung der Bedeutung von Stadtgrün (im Quartier) stark kontextgebunden und abhängig von den Prioritäten der BewohnerInnen etc. ist, etwa bei Wohnstandortentscheidungen (z.B. Welz et al. 2017, Kowarik et al. 2016).

Wohnquartiere sind sehr **unterschiedlich mit Grün versorgt**, es gibt zahlreiche „über-“ und „unterversorgte“ Quartiere, d.h. Viertel, die über besonders viel (hochwertiges) Stadtgrün verfügen oder durch einen besonders großen Mangel daran gekennzeichnet sind. Innenstadtnahe Quartiere, auch solche, welche wir uns unter der Perspektive „Ankunftskontext“ näher anschauen wollen, zählen oftmals zu den mit Grün unterversorgten Stadtteilen. Dies liegt zum einen an ihrer Dichte und zentralen Lage, zum anderen aber auch daran, dass es sich zumeist um unterprivilegierte Quartiere handelt (vgl. BMUB 2016: 6f.). Gerade für solche Quartiere und die dort bestehenden diversen Nutzungsbedarfe und -ansprüche an urbanes Grün spielt eine gute Freiraumausstattung eine wichtige Rolle. Daher geraten Fragen der ökologischen Aufwertung auch immer stärker in den Blickpunkt von Forschung zu benachteiligten Quartieren (z.B. Bayrischer Städtetag 2017, Kabisch/Haase 2014 für Berlin).

In den letzten Jahren hat das **Leitbild der doppelten Innenentwicklung** als Leitvorstellung für innerstädtische Quartiere in wachsenden Städten an Bedeutung gewonnen. Dabei wird versucht, Verdichtung bzw. Kompaktheit mit den Bedarfen an Grün- und Freiräumen sowie der Notwendigkeit der Klimaanpassung zu verbinden (u.a. Böhm et al. 2015).

> *„[Doppelte Innenentwicklung] verfolgt danach das Ziel, Flächenreserven baulich sinnvoll zu nutzen, gleichzeitig aber auch die Freiraumversorgung und -nutzbarkeit zu erhalten und die innerstädtischen Freiflächen zu entwickeln, miteinander zu vernetzen und qualitativ zu verbessern – d.h. es werden mit Blick auf Freiraumentwicklung sowohl quantitative als auch qualitative Zielsetzungen verfolgt.“ (ebd.: 15)*

Die gezielte Umstrukturierung von baulich ungenutzten Flächen zur Schaffung von Stadtgrün bzw. grünen Nutzflächen bildet einen wichtigen Beitrag zur Aufwertung, insbesondere in mit Grün unterversorgten Quartieren. In diesem Kontext kommt es aber auch zu neuen Nutzungskonkurrenzen bzw. -konflikten: Einerseits geraten Freiräume durch den Bau neuen Wohnraums und neuer Infrastruktur zunehmend unter Druck. Andererseits führen Neubau und Aufwertung, auch mittels einer ökologischen oder grünen Komponente, oftmals zu steigenden Wohnkosten und einer verstärkten Verdrängung einkommensschwacher Haushalte. Holm (2011) hat dies als **„sozial-ökologisches Paradox“** bezeichnet.

Für die Ausstattung urbaner Quartiere mit Stadtgrün und Freiräumen spielen viele Faktoren eine Rolle. Neben historischen Entwicklungen, lokaler Flächennutzungsspezifik sowie Auswirkungen von Wohnungsmarktentwicklung und Flächendruck sind auch die Entwicklung der Einwohnerzahl und die urbane Dynamik allgemein von Bedeutung. In **schrumpfenden Städten** entstanden durch Abriss und das Freiwerden von Flächen neue Freiräume für Stadtgrün, etwa auf Brachen durch Zwischennutzungen (z.B. Rink/Behne 2017, Haase/Lorance 2010), durch urbane Waldflächen (Rink/Arndt 2016) oder auch urbane Gartenprojekte (Haase, D. et al. 2014). In der Diskussion um Freiräume für Stadtnatur in schrumpfenden Städten gibt es daher Argumente dafür, Brachflächen als Potential für mehr Grün, gesündere und bessere Lebensbedingungen und urbane Experimente anzusehen. Man kann sie aber

ebenso als Problem betrachten – als ungenutzte, entleerte und verwilderte Räume, welche ggf. durch Vermüllung und kriminelle Handlungen charakterisiert sind (Riley et al. 2018). Diese Freiräume geraten wieder unter Druck, wenn die Quartiere erneut an Bevölkerung gewinnen und neuer Nutzungsdruck auf Flächen entsteht (Haase, A. et al. 2018). In zahlreichen ehemals schrumpfenden Städten, welche in der Zeit der Schrumpfung vielfältige Begrünungsstrategien zur Erhaltung von Lebens- und Wohnqualität sowie zur Wiedernutzung brachgefallener Flächen realisiert haben, müssen Zwischennutzungen und urbane Gärten nun wieder weichen (Haase, A. et al. 2018). In **wachsenden Städten** mit hohem Flächendruck und dynamischem Immobilienmarkt stehen grüne Freiräume dagegen durch den steigenden Bedarf an Flächen für Wohnbau und Infrastruktur sowie eine dynamische Bodenpreis- und Immobilienmarktentwicklung dauerhaft unter Druck.

Auch die **ökologische Funktion urbaner grüner Freiräume**, also der Wert der Stadtnatur „an sich", ist in den letzten Jahren stärker in den Fokus geraten. Es hat sich eine Debatte zur Bereitstellung sogenannter **urbaner Ökosystemleistungen** (urban ecosystem services, vgl. Kremer et al. 2016, Gomez-Baggethun/Barton 2013, Bolund/Hunhammar 1999) entwickelt. Diese befasst sich u.a. mit den regulierenden Funktionen (Kühlungsfunktion, Retentionsfunktion, Luftreinhaltefunktion etc.), aber auch mit den kulturellen Leistungen von Stadtgrün (cultural ecosystem services, im Sinne von Erholung, Naturtourismus, ästhetischem Genuss und spiritueller Erfüllung; vgl. z.B. Milcu et al. 2013, Plieninger et al. 2013, Rall et al. 2017, Vierikko et al. 2016). Sie fokussiert sich vor allem auf den Beitrag von Stadtnatur für das menschliche Wohlbefinden und die physische und psychische Gesundheit des Individuums. Von „Leistung" wird gesprochen, um klarzumachen, dass Stadtnatur einerseits Werte zur Verfügung stellt, von denen die StadtbewohnerInnen profitieren, andererseits aber auch Aufmerksamkeit, Achtung, Pflege und Schutz braucht. Darüber hinaus gibt es Studien, welche den Wert urbaner Biodiversität an sich (Werner/Zahner 2009) oder den Zusammenhang zwischen urbanen Ökosystemleistungen und städtischer Biodiversität in den Blick nehmen (ebd.; Schwarz et al. 2017). In den letzten Jahren wurde die Debatte kritischer und richtete den Blick vermehrt auf den Einfluss von sozialräumlichen Unterschieden oder Machtbeziehungen auf die (gleichwertige, gerechte etc.) Versorgung mit Ökosystemleistungen in Städten (Andersson et al. 2015, Kabisch et al. 2016, Berbéz-Blásquez et al. 2016) sowie auf die fehlende Übereinstimmung von Bedarf an und Bereitstellung derselben (Baró et al. 2015). Gleichzeitig stieg die Sensibilität für die sehr unterschiedlichen Ansprüche an und Nutzungen von solchen Leistungen durch verschiedene Gruppen von BewohnerInnen („biocultural diversity", s.o.).

Freiräume und Stadtgrün fungieren auch als **gesundheitsfördernde und präventive Strukturen** (vgl. Kistemann 2018), da sie Stress mindern und auch das subjektive Wohlbefinden steigern können (Schlicht 2017, siehe oben „kulturelle Leistungen durch urbane Ökosysteme"). Hierzu entsteht gerade ein neues Forschungsfeld, welches sich mit den gesundheitsfördernden Aspekten urbaner Grünräume und des dortigen Aufenthalts beschäftigt.[4] Dieser Schwerpunkt ist auch im Zusammenhang mit „urban healthy planning" zu sehen, in dessen Kontext Grünversorgung eine wichtige Rolle spielt (BMUB 2015a, Kabisch/Haase 2018, Amoly et al. 2014 insbesondere zum Zusammenhang von Kindergesundheit und Stadtgrünnutzung). Auch die Weltgesundheitsorganisation hat 2017 eine ausführliche Studie zu urbanen Grünräumen veröffentlicht (WHO 2017).

2.2. Aspekte von Ungleichheits- und Gerechtigkeit

Urbane grüne Freiräume bieten einen freien und kostenlosen Zugang zur Natur für alle, ungeachtet der individuellen finanziellen Lage und des sozialen Status, und sind daher aus der Perspektive der Umweltgerechtigkeit äußerst wertvoll. Umweltgerechtigkeit erfasst die ungleiche Verteilung und Qualität von umweltbezogenen Gütern und Belastungen – etwa von Grünflächen und Erholungsräumen auf die Stadtgebiete oder der Belastung mit Lärm und Schadstoffen in bestimmten Wohnlagen.

[4] Stichwort „Salutogenese"; es geht also nicht nur um die Abwesenheit von Krankheit, sondern explizit um die Faktoren und Bedingungen, welche Gesundheit schützen und erhalten.

Der Begriff der **Umweltgerechtigkeit** wird meist als normatives Konzept genutzt, um auf die Beseitigung dieser ungleichen Verteilung von Umweltressourcen und Belastungen mit schädlichen Umwelteinflüssen hinzuwirken (vgl. Kindler et al. 2018:261, BMUB 2016). Es werden verschiedene Dimensionen unterschieden (Maschewski 2004: 10, DUH 2014: 8):

- Chancengerechtigkeit: gleiche Chancen/Risiken sozialer Gruppen und Regionen, Ziel einer Umweltveränderung zu werden,
- Verteilungsgerechtigkeit: Perspektive der sozialräumlichen Ungleichverteilungen von Umweltlasten und Umweltgütern,
- Vorsorgegerechtigkeit: Vermeidung/Reduzierung von Umwelteingriffen,
- Verfahrensgerechtigkeit: Gleichbehandlung und Beteiligung bei Planung und Umsetzung sowie bei der Aushandlung von Konflikten, Beschwerden und Widersprüchen,
- interaktionsbezogene Gerechtigkeit: alle NutzerInnen müssen sich die Freiräume auf ihre Weise aneignen und diese nach ihren Bedarfen nutzen können.

In ähnlicher Weise entwickelte Low (2013) einen gerechtigkeitsbezogenen Ansatz, der ebenfalls verschiedene Dimensionen von Zugangs- und Nutzungsungerechtigkeit beschreibt:

- verteilungsbezogene Gerechtigkeit: Sind ausreichend Grünräume vorhanden und sind diese fair verteilt?
- prozedurale Gerechtigkeit: Gibt es einen fairen Zugang zu Grünräumen für alle?
- Gerechtigkeit mit Bezug zu Aneignung und Interaktion: Können sich alle im Grünen sicher fühlen und entsprechend ihrer Bedarfe interagieren?

Dasselbe gilt für den Ansatz von Walker (2012), der von distributiver, prozeduraler (Entscheidungsprozesse, Teilhabe) und Anerkennungsgerechtigkeit (Wessen Interessen werden berücksichtigt, wessen nicht?) spricht. Im Zusammenhang mit solchen Ansätzen steht auch die Ungleichheit bzw. Ungerechtigkeit der Aneignung urbaner Grünflächen im Sinne einer ungleichen Machtverteilung verschiedener Gruppen von BewohnerInnen, NutzerInnen und lokaler Akteure.

Insbesondere benachteiligte Stadtteile, zu denen Ankunftsquartiere oftmals zählen, weisen häufig weniger Grünflächen auf bzw. der Nutzungsdruck auf die vorhandenen Flächen ist größer. In Quartieren mit einer heterogenen Bevölkerung oder hoher Bevölkerungsdichte werden dabei gleichzeitig umfassende Ansprüche an die Planung, Gestaltung und Pflege von Grünflächen gestellt.

> *„Vor allem Innenstadtbereiche und Quartiere mit Block- und Blockrandbebauung weisen Gründefizite auf. Besonders gravierend ist die Lage in sozial benachteiligten Quartieren: Der Anteil der Grünflächen ist nach Berechnungen des BBSR dort mit durchschnittlich 38 Quadratmetern pro Einwohner deutlich niedriger als der allgemeine Durchschnitt mit 50 Quadratmetern pro Einwohner. Auch gemeinsame Analysen von Sozial-, Umwelt- und Gesundheitsdaten belegen Gründefizite in Quartieren, in denen ärmere Bevölkerungsschichten leben."* (BMUB 2015a: 70)

Gerade in sozial benachteiligten Quartieren ist der Bedarf an grünen Freiräumen hoch, da dort der Anteil an privaten Grünflächen (Gärten, Balkone, Terrassen) geringer ist und die Menschen häufig eine geringere räumliche Mobilität sowie – damit verbunden – einen geringeren Aktionsradius aufweisen (ebd.: 41). Es besteht also ein besonderer Bedarf an kostengünstigen Entfaltungsmöglichkeiten im direkten Lebensumfeld.

Die ungleiche Verteilung von Umweltgunstfaktoren, darunter die gute oder schlechte Versorgung eines Quartiers mit Stadtgrün und die unterschiedlichen Umweltbelastungen, kann ein Treiber von Segregation und Einflussfaktor für selektive Zu- und Abwanderung sein sowie eine Bedingung für sozialräumliche Ungleichheit und residentielle Segregation (Kindler et al. 2018: 259). Traditionell befinden sich Ankunftsquartiere in Stadtgebieten mit hoher Dichte und einer Unterversorgung mit (hochwertigem) Stadtgrün. Dieser Umstand passt schlecht zur Integrationsfunktion, welche Grün-

räumen als Begegnungsorten (siehe Teil 3) zugebilligt wird. Jedoch ist eine ausreichende Grünversorgung kein generelles Hemmnis für sozialräumliche Exklusion, wie etwa gut durchgrünte ehemalige Arbeiterquartiere in skandinavischen Städten zeigen, welche oftmals am Stadtrand liegen und hoch segregiert sind (z.B. Mihailova 2017), im Sinne von „erzwungenen Ankunftsquartieren". Begrünung im Quartier ist nicht automatisch ein Indikator für dessen hochwertige Gestaltung und Ausstattung sowie für die gute Zugänglichkeit und Nutzungsmöglichkeit der Freiräume für alle BewohnerInnen.

Die sozialverträgliche Entwicklung von Grün- und Spielflächen sowie Umwelt- und Gesundheitsbildung stellen neben der Reduzierung der Lärmbelastung, der Luftreinhaltung und umweltfreundlicher Mobilität, zwei von mehreren kommunalen Handlungsfeldern dar, welche im Forschungsprojekt „Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum" ausformuliert wurden (Umweltbundesamt und Deutsches Institut für Urbanistik, siehe UBA 2016, Böhme et al. 2015: 97f.). Dazu zählen beispielsweise der Erhalt und die Einrichtung kleiner Grünflächen sowie von Spiel- und Bewegungsflächen, die Schaffung grüner Zwischennutzungen, die Anlage von Dach- und Fassadenbegrünungen sowie von Umwelt- und Naturerfahrungsräumen oder die Entsiegelung von Innenhöfen.

> *„Der Bund fördert die Entwicklung eines Instrumentenkastens zu Umweltgerechtigkeit für Kommunen. Dieser wird unter anderem eine Empfehlung für ein sozialräumliches und gesundheitsbezogenes Umweltmonitoring enthalten, um Gebiete zu identifizieren, die neben einem niedrigen Versorgungsgrad mit Grün gleichzeitig einen niedrigen Sozialindex aufweisen. Ziel ist es, den Bedarf für grünordnerische Verbesserungsmaßnahmen präziser einschätzen und Prioritäten bei Investitionen in Grün setzen zu können."* (BMUB 2017: 23)

Oftmals unterbelichtet wird in der Debatte um Stadtgrün und seine Rolle für Lebensqualität und Wohlbefinden im Quartier die Tatsache, dass es, gerade in schnell oder stetig wachsenden Städten, immer öfter zu Zielkonflikten zwischen einer ökologischen und sozialen Aufwertung im Quartier kommt. Anders ausgedrückt: Insbesondere in wachsenden Städten kommt es zu einem Spannungsverhältnis von städtebaulicher Nachverdichtung bzw. Bebauungsdruck und der Erhaltung und Entwicklung von Grün- und Freiräumen im Sinne urbaner Umweltgerechtigkeit. Hochwertige Begrünung kann in angespannten Wohnungsmärkten mit Nachfrageüberhang verstärkte Verdrängung und Segregation bei zunehmenden Wohnkosten nach sich ziehen. Hier hat sich in den letzten Jahren, ausgehend von einem Beitrag von Dooling (2009) zum US-amerikanischen Kontext, eine Debatte zur sogenannten ökologischen oder Eco-Gentrification entwickelt, welche kritisch auf die negativen Effekte von Begrünung bzw. ökologischer Aufwertung blickt und die Rolle von Grün als Faktor von Aufwertung ins Zentrum stellt. Im Extremfall führt ökologische Aufwertung zu mehr räumlich-sozialer Ungleichheit bzw. zur (Re-)Produktion sozialräumlicher Ungleichheiten – ein klassischer Zielkonflikt, welcher noch immer zu wenig thematisiert wird (Haase, A. 2017, Haase, D. et al. 2017). Die Debatte zur Eco-Gentrification oder zu „green inequalities", welche v.a. durch Beispiele aus Nordamerika sowie europäischen Hotspot-Städten der Gentrification an sich belegt sind (vgl. Dooling 2009, Curran/Hamilton 2012, Wolch et al. 2014, Bryson 2013, Quastel 2009, Banzhaf/McCormick 2007), kommt langsam auch in Europa an. Erste Studien liegen zu Barcelona (Anguelovski et al. 2017), Hamburg (Wiesemann 2014), Berlin (Kabisch/Haase 2014) und Leipzig (Ali 2017) sowie zu Städten aus dem postsozialistischen Europa vor (Haase, D. et al. 2017). Im Zusammenhang mit Ansätzen wie z.B. „just green enough" werden Ideen entwickelt, wie sich ökologische Aufwertung mit sozialverträglichen Zielen kombinieren lässt (Curran und Hamilton 2012).

Es besteht auch ein Zusammenhang zwischen vorhandenen heterogenen und/oder divergierenden Bedarfen an Versorgung mit und Nutzung von Stadtgrün sowie dessen räumlicher Verteilung, Zugänglichkeit und Aneignung durch verschiedene Gruppen von NutzerInnen. Ungerechtigkeiten können entstehen, wenn nicht alle QuartiersbewohnerInnen ihre Bedarfe realisieren können bzw. manche von ihnen beim Zugang zu den wohnumfeldnahen Grünflächen und bei deren Nutzung benachteiligt werden.

„Verschiedene Nutzergruppen haben unterschiedliche und teilweise widersprüchliche Anforderungen an Grünflächen, wie zum Beispiel bei den beiden klassischen Parknutzungen „Ruhe und Erholung“ sowie „Sport und Spiel“ erkennbar. Damit sind unter Umständen auch Nutzungskonflikte zwischen jüngeren und älteren Generationen programmiert, die nur durch eine entsprechende Planung mit differenzierten Angeboten und einer guten Beteiligung reduziert werden können.“ (BMUB 2015a: 72)

In Anbetracht kommunaler Finanzschwäche gewinnen kooperative und partizipative Prozesse bei der Gestaltung und Pflege von Stadtgrün unter Einbeziehung verschiedener Gruppen von BewohnerInnen und anderen Akteuren im Quartier an Bedeutung (vgl. Große Kohorst 2005: 4f., Selle 2000: 3).

Kooperative Ansätze und die Einbeziehung gerade nicht staatlicher Akteure bei der Stadtgrün- und Freiraumgestaltung bedeuten nicht automatisch eine sozialverträgliche und gerechte Entwicklung. Zu dieser Erkenntnis gelangen Studien, welche sich Grünraumentwicklungen im Zeichen kooperativen oder sogar kollaborativen Handelns (siehe Teil 5) anschauen und zur Schlussfolgerung kommen, dass kooperative Prozesse unter gegebenen Bedingungen sozial-räumlicher Ungleichheit, Marktbedingungen und Teilhabeungleichheit oftmals Gefahr laufen, existierende Ungerechtigkeiten durch konsensorientiertes Handeln zu überdecken und hegemoniale Verhältnisse damit zu zementieren (z.B. Roy 2015 für Atlanta, Lang/Rothenberg 2016 für New York).

Kritisch zu hinterfragen ist aber nicht nur die neoliberale Stadtpolitik und marktaffine Revitalisierung, welche den „sustainability fix“ oder „green qualities“ bewusst in marktorientierte Aufwertungsprozesse integriert (While et al. 2004, McCann 2017, Rosol 2017). Es sind auch Annahmen einer „Lösung“ sozialer Probleme durch die hochwertige Gestaltung von Frei- und Grünräumen zu hinterfragen, welche die Marktbedingungen des Wohnens in der kapitalistischen Stadt außer Acht lassen. Und nicht zuletzt: Sind Beteiligungsprozesse oder kooperative Entwicklung gerecht, wenn diejenigen, welche man beteiligt oder welche sich beteiligen, keinen Nutzen mehr aus der erreichten Gestaltung ziehen, da sie das Gebiet wegen gestiegener Wohnkosten als „Effekt“ einer ökologischen und Freiraum-Aufwertung verlassen müssen? Gerade für innenstadtnahe, altbaudominierte Ankunftsquartiere bzw. (bisher) benachteiligte Quartiere in wachsenden Städten ist diese Frage von großer Aktualität.

2.3. Grüne Freiräume im Spiegel von strategischer Entwicklung, Stadtgesellschaft und Politik

Auch auf nationaler Ebene ist Stadtgrün in Politik und Stadtplanung ein immer wichtigeres Thema geworden und wird vermehrt in den strategischen Planungen der verschiedenen regionalen Ebenen berücksichtigt. In den letzten Jahren erschienen strategische Publikationen dazu, u.a. das Grünbuch Stadtgrün (BMUB 2015a), das Weißbuch Stadtgrün (ebd. 2017) oder der TEEB-Bericht zu Ökosystemleistungen in der Stadt (Kowarik et al. 2016). Strategien zur grünen Infrastruktur sowohl auf nationaler als auch europäischer Ebene beziehen städtische Räume explizit mit ein. Auf nationaler Ebene sind in Deutschland die Belange von Stadtnatur in strategisch wichtigen Dokumenten verankert: In der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt (BMUB 2007) wurden auch für urbane Landschaften Visionen formuliert und mit Zielen und Maßnahmen untersetzt. Die Naturschutz-Offensive 2020 benennt „Grün in der Stadt erleben“ als eines von zehn vorrangigen Handlungsfeldern des Naturschutzes und hat zum Ziel, die Kommunen bei der Entwicklung und Konzeption von urbaner grüner Infrastruktur wissenschaftlich zu unterstützen (BMUB 2015b). Das 2015 erschienene Grünbuch „Grün in der Stadt – für eine lebenswerte Zukunft“ stellt die Bedeutung biologischer Vielfalt und der vielfältigen Leistungen urbaner Ökosysteme für die nachhaltige Stadtentwicklung heraus (BMUB 2015a). Darüber hinaus befassen sich zahlreiche Forschungs- und Praxisprojekte auf nationaler und europäischer Ebene mit den Themen Stadtgrün, urbane grüne Infrastruktur, urbane Ökosystemleistungen sowie naturbasierte Lösungen.

Generell ist festzuhalten, dass die Zusammenhänge zwischen der Qualität von Stadtnatur und ihrer Funktion als Aufenthalts-, Nutzungs- und Erholungsraum für die BewohnerInnen (hier auch verstanden als grüne Infrastruktur oder UGI, z.B. Haase, D. et al. 2017) stärker in den Fokus von Politik, Wirtschaft sowie interdisziplinärer Forschung gerückt sind. So ist auch das neue Konzept der **„naturbasierten Lösungen“** [5] (nature-based solutions) zu sehen (z.B. Kabisch et al. 2016, Raymond et al. 2017, EC 2015). NBS sollen unter anderem zu mehr Wohlbefinden, Lebensqualität und einem größeren sozialen Zusammenhalt in Städten und Quartieren beitragen. Hier wird insbesondere auf Lösungen verwiesen, welche aus politischer und unternehmerischer Perspektive attraktiv sind, dabei aber ebenso soziale Ziele erfüllen. Aus diesen umfänglichen Erwartungen ergibt sich viel Kritik am Ansatz der NBS, insbesondere auch an seinen Ambitionen in sozialer Hinsicht und der Orientierung auf eine „Lösung“ vorhandener Probleme und Defizite (Haase, A. 2017, Haase, D. et al. 2017, Neßhöver et al. 2017). Stadtgrün (also Parks etc.) wird auch immer wieder explizit als „Lösung“ für soziale Krisen oder Probleme diskutiert, v.a. auch mit der Annahme, dass Grün generell das individuelle Wohlbefinden steigert sowie den sozialen Zusammenhalt und damit den sozialen Frieden fördert (z.B. Kowarik et al. 2016: 272) – ohne dass dahinter notwendigerweise immer empirisch gesicherte Erkenntnisse stehen.

Das **Beziehungsgefüge zwischen Stadtgrün und Stadtgesellschaft** ist zunehmend in den Blick der Forschung geraten – es geht hier um die Art von Interaktion, die Nutzungsvielfalt, In- und Exklusionen, Wahrnehmungen, den Zugang, gesundheitliche Aspekte und Wohlbefinden und um Konsequenzen, die sich hieraus für eine sozialverträgliche und ökologisch orientierte Stadtplanung ergeben (Kabisch et al. 2016)[6]. Keeler et al. (2019: 31) fordern einen stärkeren Einbezug sozialer Faktoren bei der Bewertung der Rolle und Funktion von Stadtnatur, wobei Inklusivität explizit als ein Faktor genannt wird. Auch die Studien zum „Naturkapital Deutschland“ sind hier einzuordnen, insbesondere der zugehörige Stadtbericht (Kowarik et al. 2016), welcher aufzeigen soll, „wie Stadtnatur auf vielfältige Weise zu einer nachhaltigen, sozial und ökologisch verträglichen Stadtentwicklung und damit zu erfolgreichen und attraktiven Städten beitragen kann“ (ebd.: 269). Weiterhin sind Studien zu Naturerfahrungsräumen in Städten zu nennen (Stopka/Rank 2013).

Die existierende Forschung zur Bedeutung von Grünräumen als Orte der Begegnung und Teilhabe, z.B. von BewohnerInnen mit Migrationshintergrund, zeigt jedoch ein differenzierteres, mitunter ambivalentes und sogar widersprüchliches Bild. Der folgende Abschnitt gibt einen kurzen Überblick zu den Debatten, ob und unter welchen Bedingungen Stadtgrün oder Freiräume sozialen Zielen dienen bzw. zu Kontakten und einem größeren sozialen Zusammenhalt von Quartieren beitragen können.

3. Soziale Funktionen grüner Freiräume: Orte der Begegnung, Interaktion und gesellschaftlichen Teilhabe

Freiräume haben nicht nur eine Funktion als physische Orte für Freizeit und Erholung sowie der Umweltbildung und Erfahrung mit/von Stadtnatur, sie sind als öffentliche Räume auch Orte der Begegnung und Interaktion (Kowarik et al. 2016, BMUB 2015a: 40f.) sowie der bewussten oder unbewussten Aneignung von Stadt und Wohnumfeld (BBSR 2018).

Viele Parks wurden ursprünglich nicht mit der Intention errichtet, soziale Interaktionen zwischen verschiedenen Gruppen der Gesellschaft zu befördern. Damals suchten Zugehörige verschiedener Klassen und Berufsgruppen etc. Parks in einer Stadt bzw. Parkabschnitte für spezifische Nutzungen und teils nur zu bestimmten Zeiten auf (vgl. Wood/Landry 2008: 179). Heute besteht eine größere Gleichzeitigkeit der Nutzungen, allerdings gibt es weiterhin Unterschiede in deren Häufigkeit, Tages-

[5] Die Europäische Komission versteht nature-based solutions wie folgt: „Living solutions inspired by, continuously supported by and using nature, which are designed to address various societal challenges in a resource efficient and adaptable manner and to provide simultaneously economic, social and environmental benefits.“ (EC 2015 nach Maes/Jacobs 2015: 121)

[6] Fish et al. (2016, 208) entwickeln in ihrem Artikel sogar einen “conceptual framework for understanding cultural ecosystem services and related benefits in terms of the environmental spaces and cultural practices that arise from interactions between humans and ecosystems.“

zeit, Art und den jeweiligen Akteuren (Kinder, Jugendliche, SportlerInnen, HundehalterInnen, Grill- und Picknickgäste …), denen Freiraumentwicklung, -management und -pflege gerecht werden müssen (Low et al 2005: 198f).

Eine zentrale Annahme der wissenschaftlichen und planerischen Debatten ist, dass öffentliche Grünräume bei einer geeigneten Gestaltung und Pflege den sozialen Zusammenhalt im Quartier stärken können, da sie ohne allzu offensichtliche Beschränkungen für die gesamte Bevölkerung zugänglich sind und Begegnungsorte („spaces of encounter", Fincher/Iveson 2008) bieten, um soziale Beziehungen zu entwickeln oder zu intensivieren (vgl. Fugmann et al. 2017, Low et al. 2015, BBSR 2017a, 2018, Berding/Karow-Kluge 2017, Peters 2010, Peters et al. 2010).

> *„Attraktive, einladende und niedrigschwellige Aufenthaltsorte und Treffpunkte sind Grundvoraussetzungen für das soziale Miteinander in einem Quartier. Grünflächen mit ihren zahlreichen Nutzungsmöglichkeiten spielen hierbei eine wichtige Rolle als Orte für Kommunikation und Interaktion."* (DUH 2014: 14)

Gerade in Anbetracht zunehmender gesellschaftlicher Polarisierung und einer zunehmenden Anzahl an Ein-Personen-Haushalten wird „guten" öffentlichen Orten im Wohnumfeld eine große Bedeutung zugesprochen (vgl. Worpole/Greenhalgh 1996, IWU 2004). Sie sind „Orte möglicher Begegnung", an denen die Stadtgesellschaft sichtbar wird, gesellschaftliche Vielfalt erlebt, Toleranz geübt wird (vgl. ebd. und Berding/Karow-Kluge 2017: 1), und damit **Orte inklusiver Offenheit** (Neal et al. 2015: 474).

> *„The social interaction of diverse groups can be maintained and enhanced by providing safe, spatially adequate territories for everyone within the larger space of overall site. Park managers tend not to think in these terms, concentrating on the needs of the resource that is the material think itself."* (Low et al. 2005: 198)

Als öffentliche Orte sind Grün- und Freiräume also „zones of encounter" (Wood/Landry 2008: 105) und „**sozial geteilte Möglichkeitsräume**" für verschiedene Nutzungen und Bedarfe. Das Design und die Ausstattung können Begegnung bewusst fördern, wie beispielsweise die Anlage von Durchwegungen und Spielplätzen, das Aufstellen von Sitzgelegenheiten oder die Ausweisung spezifischer Bereiche für unterschiedliche Nutzungen (vgl. IWU 2004, Low et al. 2005). Die Mischung von Funktionen und Angeboten innerhalb eines Parks führt meist zu einer Zunahme der Nutzergruppen und einer Belebung der Grünfläche (Kowarik et al. 2016: 40).

Die Annahme, dass urbane Freiräume als Kommunikations- und Begegnungsorte zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts im Quartier beitragen, wird jedoch oftmals ohne kritische Prüfung vorausgesetzt. Hier ist ein **differenzierter Blick** auch auf gegenteilige Entwicklungen und Konflikte notwendig, denn öffentliche (Grün-)Räume können ebenso problematische Orte sein, die gemieden, vernachlässigt und gefürchtet werden (Vgl. Neal et al 2015: 465f.). Sie können als Orte der sozialen Ordnung und Exklusion, Räume der Unsicherheit, der Isolation, des Konflikts und der Gefahr wahrgenommen werden (ebd.: 474, Budnik et al. 2017: 97f.). Dabei spielen die Gestaltung und Pflege (Beleuchtung, Übersichtlichkeit des Geländes, Müllentsorgung) sowie unterschiedliche Vorstellungen von Aktivitäten (Lautstärke, Zeiträume, Einwirkungen auf andere ParknutzerInnen etc.) eine entscheidende Rolle, denn zum Freiraumverhalten gehören räumliche und materielle Rahmenbedingungen, Norm- und Wertvorstellungen sowie Verhaltenserwartungen der sozialen Umwelt (Tessin 2012: 27). In bestimmten Räumen sind bestimmte Verhaltensweisen konform, d.h. es fallen räumliche und soziale Aspekte zusammen und kreieren ein „behaviour setting" (Barker 1968, nach Tessin 2012: 34). Durch die Aneignung von Freiräumen durch soziale Gruppen werden nicht zuletzt auch soziale **Machtverhältnisse** demonstriert und es kann zur **Exklusion** anderer Gruppen im Sinne von Zugangs- und interaktionaler Ungerechtigkeit kommen (Low 2013).

Dirksmeier et al. (2011) untersuchten Interaktionen zwischen PassantInnen in Berlin (Brücke, zentraler Platz, Flussuferpromenade) und wollen damit empirische Forschungsergebnisse zu **Geographien der Begegnung** („geographies of encounter") in öffentlichen Räumen vorstellen. Sie knüpfen dabei an die britischen Geographien der Begegnung an und formulieren die These, dass durch „die Perfor-

manzen dieser kurzfristigen Interaktionen von Fremden in Verbindung mit dem physischen, kulturell codierten Setting ‚situative Orte' entstehen" (ebd.: 85). Diese situativen Orte bezeichnen die „räumliche Situiertheit der Performanzen von interkulturellen Begegnungen zwischen Fremden" in der Stadt (Vgl. Dirksmeier/Helbrecht 2010). Der öffentliche Raum wird dabei als Grundbedingung der zufälligen Interaktion zwischen sich unbekannten Personen gesehen und die Ergebnisse der empirischen Untersuchungen (u.a. Videographie) belegen, dass seine physische Ausgestaltung großen Einfluss darauf hat, ob Begegnung stattfindet bzw. ermöglicht wird:

> *„So sind hohe Interaktionsdichten zwischen Fremden bspw. eher dort zu erwarten, wo einem Kongregationspublikum umfangreiche Einblicke gestattet sind und zugleich ein Durchströmen vieler Arten von Passanten erlaubt ist, damit Begegnungen und situative Orte vorkommen. […] Gleichzeitig scheint eine zu hohe Geschwindigkeit des Menschenstroms ohne Ausweichmöglichkeiten als genuine Interaktionsverhinderung […]. Situative Orte und Begegnungen bedürfen zu ihrer Konstitution daher einer Strömung."* (Dirksmeyer et al. 2011: 99f.)

Ebenso hat die **Gestaltung von Parkanlagen** Einfluss auf die verschiedenen Aktivitäten im Park. Dies zeigt sich z.B. darin, dass Erhöhungen und durch Vegetation geschützte Ecken wahrscheinlicher zum Verweilen oder als Treffpunkt genutzt werden während Nutzungen zum Ballspielen und Radfahren dort weniger wahrscheinlich sind. Somit reduziert sich qua Morphologie zum Teil auch das Risiko von Nutzungskonflikten (vgl. Peters et al. 2010: 96f.). Erhöhungen können andererseits auch ein Bühnensetting kreieren, das Möglichkeiten der Betrachtung und ein potentielles Publikum bietet (vgl. Dirksmeyer et al. 2011).

Fugmann et al. (2017: 49ff) unterscheiden unter dem **Stichwort der Begegnung** verschiedene Ausprägungen: zum einen die schlichte Sichtbarkeit unterschiedlicher Menschen, also eine simultane Präsenz, zum anderen konkrete Interaktionen, die wiederum verschiedene Formen des (Re-)Agierens (Grüßen, Unterhalten, gemeinsames Handeln etc.) umfassen können. Diese (Re-)Aktionen können einvernehmlich bis konflikthaft sein. Begegnungen können weiterhin danach differenziert werden, wo sie stattfinden (Orte gemeinsamer Interessen und Aktivitäten, Wegeverbindungen, Aufenthaltsorte), ob es sich um alltägliche Begegnungen handelt oder um geplante Aktivitäten, ob aktive Aneignungsprozesse stattfinden und ob die Begegnung letztendlich ein Einzelfall oder verallgemeinerbar ist (ebd.: 52).

Wiesemann (2015) schreibt alltäglichen Begegnungen sowohl affirmative als auch destabilisierende Wirkungen auf Vorurteile und Stereotype gegenüber wahrgenommenen Gruppen zu. Er zählt zu den affirmativen Momenten beispielsweise „territoriale Verletzungen", wie z.B. nicht aus dem Weg zu gehen, Momente „bloßer Visibilität" im öffentlichen Raum und Momente ziviler Ausgrenzung, wie z.B. verächtliche Blicke, Wegsehen, ausbleibende Erwiderung einer Begrüßung. In ähnlicher Weise stellte er fest, dass alltägliche Momente zur Destabilisierung von Vorurteilen und Stereotypen beitragen können. Er benennt dabei Momente der „Zivilität" (z.B. Grüßen, Auskünfte, spontane Hilfestellungen) und Momente unverhoffter Solidarität, wobei er ebenso anmerkt, dass diese nur eine temporäre Wirkung haben können und zum Teil als Ausnahme wahrgenommen werden (ebd. 151). Eine besondere Wirkung spricht er jedoch den „**Momenten der Geselligkeit**" (vgl. Fincher/Iveson 2008) zu, innerhalb derer gewohnte Differenzierungen nach ethnischen Merkmalen (zumindest in dem Moment) an sozialer Relevanz verlieren. Diese Begegnungen bewirken, dass der Realitätsgehalt politisch oder medial erzeugter Bilder in Frage gestellt wird (Wiesemann 2015: 174) bzw. Differenzierungen und Kategorien nicht als belanglos, aber in dem Moment nebensächlich betrachtet werden (ebd.: 191).

Valentine (2013) weist ebenso darauf hin, dass **Kontakt mit „Differenz"** nicht per se in Respekt für diese Differenz mündet und räumliche Nähe nicht mit bedeutungsvollem Kontakt und positiver Veränderung gleichzusetzen ist (ebd.: 8f.). Öffentliche Räume können ebenso Orte sein, an denen bestehende Vorurteile und Fremdbilder bekräftigt anstatt aufgebrochen werden und welche von bestimmten Personengruppen eher als Orte der Ablehnung als der Akzeptanz erfahren werden. Sie betont

den Bedarf an „purposeful, organised micro-public encounters (i.e. where contact is meaningful)“ (Valentine 2013: 9), aber gibt ebenso zu bedenken, dass die Frage offen bleibt, inwiefern diese Erfahrungen über den Moment hinaus wirken:

> *„[It] still leaves the question of how this can be scaled up beyond the moment given that white majority prejudices appear to be rooted in narratives of economic and/or cultural victimhood in which old securities and certainties are continually being eroded by unprecedented socio-economic change.“* (ebd.: 9)

Frei- und Grünräume können als öffentliche Räume allgemein also als ein **„ambivalentes Terrain“** (Berding/Karow-Kluge 2017: 2) bezeichnet werden, denn „gerade die Unverbindlichkeit und Anonymität öffentlicher Räume erfordert ein hohes Maß an Verhaltenssicherheit seitens der Nutzerinnen und Nutzer“ (ebd.: 2). Fugmann et al. (2017) sehen ein Potential, aber „ob und unter welchen Umständen öffentliche Räume zu Orten der sozialen Begegnung oder gar zu Quellen gesellschaftlichen Zusammenhalts werden, kann nur komplex beantwortet werden“ (ebd.: 51), da verständlicherweise keine einfach zu „beschreibenden Ursache-Wirkung-Beziehungen – etwa zwischen Gestalt und (sozialer) Funktion“ bestehen (ebd.: 52).

Parks sind zudem auch Orte, an die Menschen gehen, um für sich zu sein oder Bekannte zu treffen bzw. sogar sozialen Kontakten oder Konflikten zu entfliehen (vgl. Dangschat 2011, Peters et al. 2010).

> *„Möglichst viele und unterschiedliche Menschen sollten für sich das Gefühl haben, den Abstand zu ‚den Anderen‘ vor Ort selbstbestimmt und nach eigenen Interessen regeln zu können; d. h. bestimmen zu können, mit wem sie sich wann und zu welchem Anlass im öffentlichen Raum treffen wollen.“* (Dangschat 2011: 6)

Parks fungieren überwiegend als Orte, an denen man Zeit mit Freunden und Familienmitgliedern verbringt und andere Menschen trifft, aber meist solche, die bereits bekannt sind. Peters et al. (2010: 98) betonen, dass die häufigsten beobachteten Interaktionen mit vorher unbekannten Personen eher kurze, oberflächliche Gespräche sind, die beispielsweise externen Stimuli folgen und sich um Themen wie das Wetter oder das Verhalten von Kindern bzw. Hunden drehen. Ähnlich wie Dines und Cattell (2006, zu Fallstudien in London) kommen sie zu dem Ergebnis, dass das **Wohlbefinden im Park** sowie das Gefühl der Entspanntheit mit dem Bekanntheitsgrad der anderen ParknutzerInnen und der gelegentlichen – wenn auch oberflächlichen – Interaktionen zunimmt. Je nach Lage, Ausstattung und Typus des Parks können daher unterschiedliche Ansprüche, Erwartungen und Interaktionen entstehen. Ein Park, der überwiegend und in alltäglicher Weise von der Bevölkerung einer Nachbarschaft aufgesucht wird, bietet ein gänzlich anderes Setting als ein Park, der stadtweite Bedeutung hat:

> *“Urban parks that function as everyday places are places in which people feel at home. Visitors can easily connect to the place and to other visitors, because many visitors will already be familiar with each other from the neighbourhood. Urban parks that function as a ‚world of strangers‘ attract a variety of people. People feel welcome because these urban parks are open and accessible. Although the functions of parks differ, both types provide a vital locality where everyday experiences are shared and negotiated with a variety of people.“* (Peters et al. 2010: 99)

Dines und Cattell (2006) identifizierten als **Voraussetzungen für Interaktionen an öffentlichen Orten** darüber hinaus die Vertrautheit mit dem Ort, regelmäßige Nutzung und die Verfügbarkeit von Einrichtungen, die dem Ort eine Bedeutung und soziale Lebendigkeit geben, wobei sie sich auf öffentliche Plätze inmitten des Stadtgefüges beziehen. Sie plädieren dafür, öffentliche Orte nicht nur als Orte des zufälligen oder geplanten Zusammentreffens zu verstehen, sondern als „everyday settings where a range of interests and attachments to place are able to converge and evolve“ (ebd. 38). Fugmann et al. (2017) fassen diesbezüglich zusammen:

> *„Klassische öffentliche Räume können Schauplätze (geselliger) Begegnungen sein, wenn dort z.B. unterschiedliche Personen und Gruppen auf Basis gemeinsamer Aktivitäten und Interessen*

zusammenkommen. Diese temporär angeeigneten Orte können dabei als eine Art Teilöffentlichkeit fungieren. […] An diesen Orten (z.B. in Sportvereinen, Musikclubs, Theatergruppen, Gemeinschaftsgärten oder Gemeindezentren) können sich Menschen mit verschiedenen sozialen und kulturellen Hintergründen auf Basis gemeinsamer Interessen zusammenfinden. Gleichzeitig fungieren sie als Orte, an denen gemeinsame Aktivitäten und Projekte initiiert und realisiert werden." (ebd.: 49)

In besonderer Weise wird Begegnung beispielsweise auch bei Festen, Kunst- oder Wochenmärkten, Festivals und Konzerten sowie nachbarschaftlich organisierten Treffen auf öffentlichen Plätzen ermöglicht (ebd.: 199). Wood und Landry (2008: 183) verweisen auf eine ähnliche Funktion von qualitativ hochwertig gestalteten und kreativ bespielten Parkanlagen als Orte, an denen es zur Erstkommunikation und -interaktion zwischen verschiedenen Gruppen von NutzerInnen kommen kann, welche dann ggf. an anderer Stelle konsolidiert werden.

Höhere Verbindlichkeiten entstehen nach Berding/Karow-Kluge (2017: 2) „in sich räumlich oder sozial bildenden Teilöffentlichkeiten". Diese können zwar Zugangsbarrieren mit sich bringen, aber kommunizierte Regeln und gemeinsame Interessen können zugleich Zugehörigkeit schaffen und damit eine größere Sicherheit im Handeln ermöglichen (ebd.). Amin (2002: 2) fasst solche Teilöffentlichkeiten als „micro-publics" (Mikro-Öffentlichkeiten) auf, die effektvollere Begegnungskontexte bieten und als Orte der Aushandlung von Diversität fungieren. Als Beispiele nennt er Sportvereine, Theatergruppen, Gemeinschaftsgärten oder Gemeindezentren, also Orte, an denen Menschen mit verschiedenen sozialen und kulturellen Hintergründen zusammenkommen, die ein gemeinsames Minimum an Interessen verbindet, so dass gemeinsame Aktivitäten und Projekte entstehen. Hier werden dann auch Differenzen auf der persönlichen und interpersonellen Ebene in einem öffentlichen, aber gleichwohl geschützten Raum verhandelt (ebd.: 11).

Exkurs: (Interkulturelle) Gemeinschaftsgärten

Als ein prominentes und sowohl im wissenschaftlichen Diskurs als auch in der urbanen Praxis sehr präsentes **Beispiel für Mikro-Öffentlichkeiten und Orte der Begegnung können urbane Gemeinschaftsgärten** angesehen werden, die in den vergangenen Jahren in unterschiedlichster Größe, Organisationsform und Ausrichtung entstanden sind und denen eine wichtige Teilhabe- und Integrationsfunktion zugeschrieben wird (BMUB 2015a: 42, BBSR 2015a: 40f.). Auch wenn ihre Anzahl bislang eher überschaubar ist – die Stiftung „anstiftung" (2019) geht von ca. 650 Gärten deutschlandweit, v.a. in den Großstädten, aus – übersteigt ihre Präsenz im Diskurs die Aufmerksamkeit für andere urbane Gärten bei weitem. Dies verdanken sie wohl zuvorderst ihrer Rolle bzw. ihrem Anspruch als „urbane Experimente" im Sinne einer Aneignung des urbanen Raumes für naturnahe, gemeinschaftliche Aktivitäten wie das Gärtnern und Ernten, verbunden mit einer oftmals ökologisch ausgerichteten lokalen Nahrungsmittelproduktion. Es handelt sich dabei um „gemeinschaftlich und durch freiwilliges Engagement geschaffene und betriebene Gärten, Grünanlagen und Parks mit Ausrichtung auf eine allgemeine Öffentlichkeit" (Rosol 2006: 7).

Als halböffentliche Räume bieten die meisten Gemeinschaftsgärten Gelegenheiten für Begegnung, Erholung, Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer – nicht nur den NutzerInnen, sondern darüber hinaus auch einem breiteren Publikum, z.B. durch öffentliche Veranstaltungen, die der gesamten Quartiersbevölkerung zugänglich sind und bei denen verschiedene Gruppen von BewohnerInnen einbezogen werden. Es gibt erste Ansätze und Erfahrungen damit, urbane Gartenaktivitäten in städtische Parkanlagen zu integrieren und damit die Öffentlichkeit des Parks mit den Funktionen urbaner Gärten (Umweltbildung, Beteiligungsmöglichkeiten, individuelle Erholung und Aktivität) enger zu verbinden (vgl. Rosol 2006, Middle et al. 2014). Ebenso kann es jedoch zu Nutzungskonflikten kommen, wenn die öffentliche Zugänglichkeit von Freiräumen eingeschränkt wird. Zunehmend wird auch die Rolle von Gemeinschaftsgärten und grünen Zwischennutzungen im Kontext von städtischen Auf-

wertungs- und Verdrängungsprozessen diskutiert (vgl. Biedermann/Ripperger 2017, Kumnig et al. 2017, Tornaghi 2014). Dies liegt auch daran, dass Gemeinschaftsgärten keinen gesonderten Anordnungen unterliegen, beispielsweise durch top-down Planung in Form eines Masterplans, sondern vielmehr willkürlich angeordnet, „vergleichsweise wenig institutionalisiert“ und – im Vergleich zu Dauerkleingartenanlagen – nicht in den Flächennutzungsplänen gesichert sind (Fox-Kämper et al. 2015: 24).

Gemeinschaftliche Gartenprojekte sind daher (bislang) stets einzelfallbezogene Lösungen, die nicht systematisch verfolgt werden und in keine städtische Gesamtstrategie eingebunden sind. Die steigende Zahl der unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Initiativen für urbanes Gärtnern wird seit ca. zehn Jahren intensiv erforscht und dokumentiert (z. B. Rosol 2006, Müller 2012, von der Haide 2014, Dietrich 2014). Hierbei wird deutlich, dass es eine Vielzahl neuer Gartenformen gibt, die sich neben den traditionellen Kleingärten oder Mietergärten in den Städten etablieren, z.B. Gemeinschaftsgärten, Nachbarschaftsgärten, interkulturelle Gärten und Selbsterntegärten. Viele (nicht nur auf Freiräume bezogene) Entwicklungen werden in den Fachdiskussionen und der Literatur auch unter den Begriffen „Informeller Urbanismus“ oder „Do-it-yourself-Urbanismus“ im Sinne eines Ansatzes von „Stadt selber machen“ debattiert (z.B. Bruns 2014, Oswalt et al. 2014, Buttenberg et al. 2014). Beispiele hierfür finden sich sowohl in wachsenden Städten unter Verdichtungsdruck als auch in schrumpfenden Städten mit einem großen Angebot an Freiräumen. Zentrale Merkmale sind die Freiwilligkeit und Selbstbestimmtheit dieser Projekte, die einer öffentlichen Steuerung oder auch nur Koordinierung in der Regel widersprechen (BBSR 2017a: 164).

Rosol (2011) versteht wie bereits oben erwähnt die Ausrichtung auf eine allgemeine Öffentlichkeit als zentrales Kriterium, auch wenn das soziale Spektrum in vielen Projekten in der Realität oftmals vor allem die urbane Mittelschicht, Gutgebildete und Engagierte umfasst. Sie formuliert vier durchaus voraussetzungsvolle Kriterien für die Analyse von Gemeinschaftsgärten und ihrer Funktionalität zur „Erweiterung der Reproduktionsbedingungen“ (ebd.: 106): 1. Verbesserung der Freiraumsituation für ökonomisch benachteiligte Personen und Personen ohne privat nutzbaren Freiraum, 2. Verortung in benachteiligten Vierteln, d.h. Gebieten mit Unterversorgung an öffentlichen und privaten Freiflächen, 3. Einrichtung an Orten, „wo nicht bereits durchsetzungsstarke Gruppen wohnen und wo die Verwaltung und Planung bisher wenig Impulse zur Förderung der Aneignungs- und Reproduktionsbedingungen gab“ (ebd. 107) sowie 4. selbstbestimmte, emanzipatorische Aneignungsprozesse (ebd., Verweis auf Nohl 1984).

In sogenannten **interkulturellen Gartenprojekten** kommen Menschen mit unterschiedlichsten (internationalen) Biographien zusammen; das Gärtnern und der Aufenthalt im Grünen bieten Anknüpfungspunkte für Kommunikation und gemeinsame Aktivitäten. Diese informelle Zusammenarbeit von Menschen verschiedener Herkunft kann nach Rubino (2007: 67) interkulturelle und intergenerationale soziale Beziehungen stärken, indem eine gemeinsame Aneignung von Raum stattfindet. Latina (2017) kommt hingegen zum Ergebnis, dass die sozialen Prozesse in interkulturellen Gartenprojekten vielschichtig zu bewerten sind. Einerseits können Frustration und Ungerechtigkeitserfahrungen aus dem gesellschaftlichen Alltag reproduziert werden, beispielsweise wenn ethnisierte, binäre Zuschreibungen von „In- und Ausländern“ genutzt werden, andererseits entsteht in den Gärten ein „web of gardening, centered around plants and gardening practices, breaching multiple (hi)stories, locations, relationships, and materialities“ (ebd.). Laut Plachecki (2013: 50f.) sind der Anstieg der Zahl interkultureller Gärten in den vergangenen Jahren und die Entstehung der bundesweiten Koordinationsstelle „Stiftung Interkultur“ nicht zuletzt auch auf fehlende Beteiligungsmöglichkeiten und Angebote für MigrantInnen im Bereich des Gartenwesens bzw. sogar direkte Ablehnungserfahrungen bei Interesse an einer Mitgliedschaft in Kleingartenvereinen entstanden. Mit Projekten wie z.B. interkulturellen Gärten, in denen die Teilnehmenden ihr gärtnerisches Wissen einbringen und gemeinschaftlich aktiv sind, „wollten die Mitwirkenden nicht mehr länger am Rande der Gesellschaft stehen, sondern sich eine Brücke in die Mitte der Gesellschaft bauen“ (ebd.: 53).

Insgesamt finden sich in der Forschung bisher wenige ausreichend dokumentierte Beispiele für solche Gartenprojekte, die anhand von kooperativer Freiflächenentwicklung zu einer erhöhten sozialen Teilhabe von MigrantInnen beitragen sollen. Die Beispiele beziehen sich auf kleinräumige und kommunale Projekte, wobei der Zusammenhang von kooperativer Freiflächen- bzw. Freiraumentwicklung und sozialer Teilhabe bzw. Kohäsion nicht ausreichend erforscht oder wissenschaftlich dokumentiert ist (BBSR 2015a: 40f.).

4. Grüne Freiräume als Orte der Begegnung und Teilhabe: spezifische Bedingungen in Ankunftsquartieren

Migration stellt eines der prägenden Charakteristika unserer Städte dar; ihre Bedeutung für das Zusammenleben und die Stadtplanung und Stadtpolitik nimmt zu. Migrationsspezifische Belange sind für nahezu alle Bereiche der Stadtentwicklung relevant geworden.

> *„Fast alle Bereiche der Stadtentwicklungspolitik berühren Migrationsthemen und -aufgaben. Es muss Wohnungen und Wohnumfelder geben, in denen die Zuwanderer und ihre Nachkommen leben können und die den Bedürfnissen und Möglichkeiten der Migranten und der gesamten Stadtgesellschaft gerecht werden; auch für Bildungs-, Kultur- und Versorgungseinrichtungen, das Sozial- und Gesundheitssystem, den Arbeitsmarkt und vieles mehr stellen sich migrationsbezogene Anforderungen."* (Berding 2012: 23)

Das Konzept der Ankunftsquartiere, wie es bereits in Abschnitt 1 dargestellt wurde, beschreibt Quartiere, die einen Schwerpunkt des städtischen Migrationsgeschehens darstellen, auch wenn diese bei weitem nicht „die Migrationsrealität" der Städte sind. Hier findet sich jedoch eine Konzentration der Herausforderungen.

Ankunftsquartiere befinden sich oft in zentralen urbanen Lagen und sind durch eine hohe Wohn- und Nutzungsdichte gekennzeichnet. Häufig sind sie auch benachteiligte Quartiere; sie weisen eine Konzentration einkommensarmer Bevölkerung auf. Im Zuge der zunehmenden Segregation in deutschen Großstädten zählen sie meistens zu den Gebieten, in denen sich soziale und ethnische Segregation überlagern (Helbig/Jähnen 2018, Großmann et al. 2015). Sie sind gekennzeichnet durch eine Vielzahl an prekären Lebenslagen, sowohl der migrantischen als auch der nicht-migrantischen Bevölkerung (siehe Budnik et al. 2017). Aufgrund der oftmals dichten Bebauung sind Ankunftsquartiere zumeist unterversorgt mit Freiräumen, v.a. mit hochwertig gestaltetem Grün. Somit ergeben sich mehrfache Benachteiligungen. Vergleicht man die unterschiedlichen Dynamiken und Situationen in verschiedenen Ankunftsquartieren, so lassen sich folgende Aussagen treffen:

a) in Quartieren, die dauerhaft als Ankunftsquartiere charakterisiert werden können, findet sich oftmals eine unterdurchschnittliche Anzahl qualitativ hochwertiger Freiräume;
b) in Quartieren, in denen Aufwertung stattfindet (u.a. in Form von Sanierungen, Mieterhöhungen, Zuzug einkommensstärkerer Bevölkerung) und der Ankunftscharakter verdrängt wird, kommt es entweder zu einer hochwertigen Begrünung im Zuge der Aufwertung oder aber Grün verschwindet durch Wiederverdichtung und starken Bedarf an Bauland;
c) in sogenannten „erzwungenen Ankunftsquartieren", wo sich Ankommende aufgrund der angespannten Wohnungsmarktlage unfreiwillig konzentrieren, kann die Ausstattung mit Freiräumen durchaus unterschiedlich sein.

Die aktuelle Debatte zu Ankunftsquartieren hebt v.a. die Potentiale solcher Kontexte für das Ankommen und Sich-Etablieren neu Zugezogener hervor. Jedoch zeigt die folgende Auflistung, dass sehr verschiedene Funktionen denkbar sind:

> *„Dabei ist die Funktion, die Quartieren im Kontext urbaner Vielfalt zukommt, keineswegs eindeutig. Sie können Schauplatz sozialer und kultureller Konflikte sein und diese begünstigen; sie können aber auch die Identifikation ihrer Bewohnerschaft mit der Stadtgesellschaft und ih-*

rer Nachbarschaft fördern. Sie können eine mögliche Benachteiligung ihrer Bewohnerschaft verstärken, da wo Segregationsprozesse Ausgrenzungsprozesse verschärfen; sie können aber auch Ressourcen und Netzwerke zur Verfügung stellen, die gesellschaftliche Teilhabe erleichtern. Diese Ambivalenz und die Qualität von Nachbarschaften als alltägliche Lebenswelten machen sie auch zu wichtigen Orten stadtentwicklungspolitischer Interventionen." (Bartl et al. 2019: 30)

Die Rahmenbedingungen in Ankunftsquartieren stellen eine sozial-ökologische Entwicklung also vor mehrere und verschiedene Herausforderungen. Zum einen nimmt die sozialräumliche Polarisierung in Städten zu, insbesondere benachteiligte Gruppen konzentrieren sich in wenigen Quartieren. Gleichzeitig wächst die Finanznot in den Städten, und wichtige bisherige Förderquellen wie Programme für die „Soziale Stadt" oder den „Stadtumbau" versiegen zunehmend. Die Entwicklung des gesamtstädtischen Wohnungsmarktes ist ebenso von großer Bedeutung für die Entwicklung in den Ankunftsquartieren. Besonders innerstädtische Ankunftsquartiere stehen in wachsenden Städten bzw. solchen mit angespannten Wohnungsmärkten unter Druck, v.a. dann, wenn sie bauliche, lagebezogene und infrastrukturelle Vorteile aufweisen (wie etwa der Leipziger Osten, aber auch Teile der Dortmunder Nordstadt, dazu auch: BBSR 2019)[7]. Hochwertige Sanierungen und Privatisierungen bedrohen tendenziell den Ankunftscharakter in solchen Quartieren. Eine andere Situation lässt sich in randstädtischen Großwohnsiedlungen mit Ankunftscharakter beobachten, jedoch ist hier Vorsicht geboten: Es stellt sich die Frage, ob solche Quartiere, in denen sich Neuankommende gezwungenermaßen konzentrieren, tatsächlich treffend als Ankunftsquartier zu bezeichnen sind, oder ob es sich nicht schlicht um das Ergebnis fortschreitender Segregation und Exklusion auf angespannten Wohnungsmärkten handelt.

In Ankunftsquartieren ergeben sich spezifische Bedarfe an Freiräumen und deren Nutzung, auch solche, welche in der bisherigen Planung derartiger Räume möglicherweise noch nicht mitgedacht wurden. Hier bestehen ggf. neue Potentiale für eine Freiraumentwicklung, welche eine integrative Funktion solcher Räume unterstützen kann. Eine große Rolle spielen dabei die Ressourcen an sozialem und kulturellem Kapital der Ankommenden, die oftmals wenig bekannt sind und/oder nicht genutzt werden. Zudem zeichnen sich Ankunftsquartiere, zumindest in der Regel, durch eine große Dynamik der Zu- und Wegzüge aus. Auch das hat Konsequenzen für die Nutzung von Freiräumen bzw. für die Potentiale ihrer kooperativen Gestaltung. Dasselbe gilt für den Umstand, dass Ankunftsquartiere oftmals sozial benachteiligte Quartiere sind und sich ein Teil der Bewohnerschaft auch durch eine Teilhabeferne auszeichnet, also beispielsweise an Diskussionen und partizipativen Prozessen zur Quartiersentwicklung (einschließlich der dort befindlichen oder neu zu entwickelnden Freiräume) in der Regel nicht oder nur eingeschränkt teilnimmt. Daher ist der soziale Zusammenhalt in Ankunftsquartieren oftmals eine Herausforderung, und es besteht ein Nebeneinander solidarischer Strukturen und sozialer Konflikte. Zivilgesellschaftliches Engagement kann hier verschieden entwickelt sein: Während in einigen Quartieren (wie z.B. der Dortmunder Nordstadt) jahrzehntelange Erfahrungen und eine gute institutionalisierte Unterstützungslandschaft bestehen, ist der zivilgesellschaftliche Bereich in anderen unterentwickelt. Auch die Qualität von Freiräumen in Ankunftsquartieren ist abhängig von verschiedenen Faktoren und variiert stark. Die Realität in diesen Vierteln ist sehr oft die von Segregation und multipler Benachteiligung, welche zu Chancenungleichheit im Alltag führt.

„Gerade Migranten mit geringem Einkommen haben jedoch oftmals nur sehr geringe Möglichkeiten, zu wählen, ob sie lieber in der Nachbarschaft von ‚Ihresgleichen' oder von Einheimischen leben möchten. Der Wohnungsmarkt und die städtische Belegungspolitik lassen vielen benachteiligten Gruppen häufig kaum eine Wahl – sie müssen nehmen, was sie bekommen können. Unfreiwillige Segregation ist damit kein Zeichen von Integrationsverweigerung, sondern vielmehr ein Ausdruck mangelnder Chancengleichheit." (Berding 2013: 248)

[7] Für den Leipziger Osten: Rink et al. 2017 bzw. https://raputation.de/eisenbahnstrasse-leipzig-gentrifizierung; http://multimedia.lvz.de/eisenbahnstrasse#1480; für die Dortmunder Nordstadt: http://www.pflichtlektuere.com/27/04/2013/dortmunds-nordstadt-und-der-hafen-von-schaebig-zu-schick, https://www.sueddeutsche.de/politik/dortmunder-nordstadt-zwischen-arbeiterstrich-und-hipstercafe-1.3497941

Hoffnungen, welche in sogenannte „filtering-down“ Effekte gesetzt wurden (z.B. Siebel 2010), haben sich nicht bestätigt.

> *„Von einem sanierten Haushalt würden dann wiederum auch die ‚Problemviertel‘ profitieren. Eine solche Logik lässt außer Acht, dass die erhofften Folgeeffekte oft nicht im erwarteten Maße eintreten und die Vernachlässigung von sogenannten ‚Problemvierteln‘ keine Probleme löst, sondern eher früher als später als Bumerang mit vielfacher Wucht zurückkommt.“* (Berding 2012: 24)

Ankunftsquartiere brauchen Freiräume, denn sie zeichnen sich durch hohe Dichte und damit einen Mangel an öffentlichem Raum aus; die Wohnverhältnisse sind beengt, und das Sich-Aufhalten im Freien ist eine wichtige Alternative zur Wohnung. Gleichzeitig schränkt geringes Einkommen die Mobilität ein und macht wohnungsnahe Freiräume besonders wichtig.

> *„Die Ergebnisse unserer Untersuchung belegen, dass für die befragten türkischstämmigen Migrantinnen und Migranten der städtische Freiraum eine hohe Bedeutung als Lebensraum hat. Er dient nicht nur als Ort, an dem man seine Freizeit verbringt, sondern der öffentliche Freiraum ist zugleich auch Wohnraum, Lebensraum im Freien und damit auf eine existenzielle Weise notwendig.“* (Hottenträger/Kreißl 2018: 19)

Gerade in solchen Quartieren sind öffentlich zugängliche, verfügbare Freiräume von großer Bedeutung. Für Menschen, deren Alltag sich durch schlechte Wohn- und Lebensbedingungen auszeichnet (z.B. räumliche Beengtheit in der Wohnung, Lärm bzw. fehlende Ruhe, mangelnder Platz für Freizeitaktivitäten in der Wohnung, schlechte Ausstattung mit privat nutzbaren Außenflächen am Haus und im Hof etc.), ist die Möglichkeit der Nutzung naher, öffentlicher und funktional gut ausgestatteter Freiräume extrem wichtig, sowohl für das individuelle als auch für das „soziale Freizeitgenießen“ (Fischer-Krapohl 2007: 248-49):

> *„Die Nutzung dieser Flächen ist für die Bewohner der benachteiligten Stadtquartiere daher allein schon aus diesen Gründen ‚alternativlos‘. […] Somit sind öffentliche Freiräume als Orte der Kommunikation und Interaktion für diese Gruppen besonders wichtig.“* (Berding 2013: 249)

Aufgrund der besonderen Bevölkerungsstruktur in Ankunftsquartieren und des damit verbundenen Zusammentreffens sehr unterschiedlicher Alltagsroutinen, Lebensstile, Wertvorstellungen und kultureller Muster im Nahraum bzw. Alltag sind Freiräume potentiell oder real aber auch Orte von Konflikten, Ausgrenzung und Verdrängung. Der Kontakt bzw. das Zusammentreffen von Differenz und Heterogenität im Alltag wird dabei sehr unterschiedlich wahrgenommen, und es kommt nicht selten zu einem „Aufeinanderprallen unterschiedlicher Milieus und Lebensstile“, was nicht immer bzw. in sehr unterschiedlichem Maße als Bereicherung empfunden wird (ebd.: 250). Dies hat mitunter auch Auswirkungen auf die Nutzung bzw. Aneignung von grünen Freiräumen durch verschiedene Gruppen von BewohnerInnen. Dabei kann es aufgrund divergierender Vorstellungen von der Nutzung von Freiräumen zu Nutzungskonflikten kommen. Konflikte per se sind dabei nicht als negativ zu bewerten, denn „die Erfahrung von Differenz, Verunsicherung und Konflikt ist ein konstitutives Element urbanen Lebens, das durch kommunale Interventionen und Planung weder abgeschafft werden kann noch sollte“ (Bartl et al. 2019: 15). Sie bedürfen jedoch einer Aushandlung. Geschieht dies nicht, kann das im Extremfall zu einer segregierten Nutzung von Freiräumen führen, wobei die Präsenz einer Gruppe ein Ausschlusskriterium für andere darstellt (Low 2013). Auch weitere Studien untersuchten bereits Nutzungskonflikte u.a. in öffentlichen Parkanlagen als ein Setting für Konfliktmanagement (z.B. Schwarz 2008).

Bisher gibt es vergleichsweise wenige Untersuchungen zu den spezifischen Bedingungen und Herausforderungen, welche sich in sogenannten Ankunftsstadtteilen für Freiräume und deren Qualitäten und Nutzungsmöglichkeiten ergeben. Dies gilt für empirische Befunde, aber auch für eine theoretische Fundierung, also ein Zusammenführen von konzeptionellem Wissen über a) Ankunftsquartiere selbst, ihre Spezifika bzw. einzelne Strukturen und Besonderheiten dieser Kontexte (z.B. hohe Dyna-

mik/Fluktuation, hohe Dichte, große Heterogenität der Bewohnerschaft) und b) Bedarfe an und Nutzung von urbanen Freiräumen in solchen Quartieren.

Kloek et al. (2013) versuchen in einem Review (fokussiert auf die Lage in Städten der nordwestlichen Hemisphäre), die Beziehungen zwischen Freiräumen, Quartiersentwicklung und Ankunft/Integration zu durchleuchten; sie diagnostizieren eine bis dato „fragmentierte" Forschungslandschaft und einen fehlenden Überblick über bestehendes Wissen.

> *„We show that national research traditions vary considerably, reflecting national ‚contexts of reception' and conceptualizations of immigrants. Links between outdoor recreation and perceptions of greenspace have not been properly researched and explanatory factors are only superficially touched upon. Borders seem difficult to cross: learning processes and cooperation of scholars across approaches and countries are scarce. Furthermore, current research often lacks an explicit theoretical framework."* (ebd.: 117)

Es wird geschlussfolgert, dass die Wahrnehmungen und Vorstellungen von BewohnerInnen und NutzerInnen mit internationaler Biographie in den aktuellen Wissensbeständen unterrepräsentiert sind, weshalb diese Wahrnehmungen durch das methodische Spektrum bisheriger Analysen nicht eruiert werden konnten. Zudem fehle eine Perspektive, welche die Vielfalt solcher Wahrnehmungen beleuchtet und die migrantische Bevölkerung nicht als homogene Masse behandelt (ebd.: 132). Allerdings zeigen empirische Befunde auch, dass nicht immer der Migrationshintergrund das entscheidende Kriterium für unterschiedliche Wahrnehmungen, Bedarfe etc. ist. Der zentrale Vorschlag, wie festgestellte Defizite zu beheben sind, lautet bei Kloek et al. wie folgt:

> *„We argue that identity-in-context can form an interesting theoretical starting point to study recreational use of greenspace. This idea is supported by developments in other fields of research, and particularly migrant studies."* (ebd.: 134)

Ob und welche Rolle der Zuwanderungskontext bzw. ethnisch-kulturelle Unterschiede tatsächlich spielen bzw. wie sie mit anderen Erklärungsfaktoren (Gender, Alter, beruflicher und Bildungshintergrund, Einkommen etc.) zusammenwirken, sollte jedoch mit einer intersektionalen Perspektive untersucht werden.

In Kapitel 3 wurde bereits die soziale Funktion grüner Freiräume als Orte des Aufeinandertreffens, der Begegnung und Kommunikation diskutiert. Hier soll dies mit Blick auf Ankunftskontexte nochmals aufgegriffen werden. Neal et al. (2015) betonen, dass grüne Freiräume als „Orte inklusiver Offenheit" gemeinsam besuchte und genutzte Orte sind, wo Verschiedenheit und Differenz alltäglich werden, nicht zuletzt in der Begegnung bzw. dem gemeinsamen Teilen eines Ortes. Auch eine gleichzeitige Nutzung ohne direkte Interaktion ist für das „Miteinander" von Bedeutung (ebd.: 473), dies sollte bei aller gebotenen Aufmerksamkeit für das bewusste Treffen und die Förderung von Kommunikation unterstrichen werden. Hier sei auf eine interessante Debatte zur Begrifflichkeiten wie „Begegnung" und „Aufeinandertreffen" hingewiesen, welche u.a. in den Studien von Neal et al. (2015), Valentine (2013) sowie Askins und Pain (2011) thematisiert wird. Was genau meint „Ort der Integration"? Was ist im Sinne eines interkulturellen Kontakts oder Miteinanders „encounter", „interaction" oder „meaningful contact" (Askins/Pain 2011: 804, vgl. auch Valentine 2008, 2013)? Askins und Pain (2011: 817) sprechen in diesem Zusammenhang gar von einem begrifflichen Durcheinander („messiness of interaction"). Valentine (2013) nennt das räumliche Nebeneinander von Differenz „juxtaposition" (ebd.: 4) und beschreibt eine „persistence of prejudice" (ebd.: 6) mit Blick auf das Miteinander und/oder Nebeneinander in sehr heterogenen urbanen Kontexten. Sie wirft die Frage auf, wie man es unter Bedingungen großer Heterogenität schafft, mit großen Unterschieden in räumlicher Nähe gut auszukommen und den Alltag zu gestalten. „Encounter" bedeutet für sie zunächst ein bewusstes Aufeinandertreffen; dies kann sehr verschiedene Aspekte beinhalten: Interesse oder Desinteresse, Austausch oder Ignoranz, Übereinstimmung oder Konflikt (ebd.: 8).

Peters et al. (2010) kommen auf der Basis der vorhandenen Literatur (u.a. Lofland 1998, Blokland 2003) zur Hypothese, dass städtische Parks einen Raum für soziale Interaktionen und positive Ver-

bundenheit und Bezugnahme („place attachment“) bieten und damit sozialen Zusammenhalt in der Nachbarschaft befördern. Sie untersuchten mittels Fragebögen, Interviews und Beobachtungen vor Ort die Parknutzungen und Interaktionen in verschiedenen niederländischen Städten. Im Ergebnis wurden Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Nicht-MigrantInnen und MigrantInnen beobachtet, wobei letztere Personen waren, die selbst oder deren Eltern in der Türkei, Marokko, Surinam, auf den Niederländischen Antillen geboren wurden. Sie stellten unterschiedliche Parknutzungen zwischen diesen beiden – durchaus konstruierten – Gruppen fest, wobei MigrantInnen den Park häufiger in größeren Gruppen nutzten und Aktivitäten wie Grillen oder Picknick (vor allem an den Wochenenden) eine größere Rolle spielten, während Nicht-MigrantInnen häufiger allein oder in Zweiergruppen zugegen waren und vermehrt den Aktivitäten Radfahren und Spazierengehen nachgingen (Peters et al. 2010: 97).

Aufgrund der aufgezeigten besonderen Situation in Ankunftskontexten erscheint es umso wichtiger, Interessen und Bedarfe verschiedener BewohnerInnen zu beachten und diese in Entwicklungen und Gestaltungsprozesse einfließen zu lassen.

> *„Es ist aber kaum allein die Architektur, die gebaute Umwelt, die Menschen ‚macht‘: Es sind die Nachbarschaften und sozialen Umfelder, die letztlich prägend sind – für Raum und Menschen. Umso wichtiger ist es, bei der Gestaltung von Häusern und Räumen die Nutzer zu beachten, sie einzubeziehen und eben nicht auszuschließen und – sowohl räumlich als auch sozial – an den Rand zu stellen.“ (Berding 2012: 25)*

Die Stadtentwicklungspolitik muss sich vermehrt Fragen des sozialen Zusammenhalts widmen und darauf hinwirken, dass

> *„sozial und räumlich ausgeschlossene Quartiere und ihre Bewohner (zu denen auch viele mit Migrationshintergrund zählen) wieder Anschluss an die Mehrheitsgesellschaft finden und – eine viel kritischere Frage – wie die Mehrheitsgesellschaft dazu bewogen werden kann, ihr Selbstwert- und Sicherheitsgefühl anders als durch Ausgrenzung herzustellen.“ (ebd.)*

Damit rückt die Perspektive der Teilhabe bzw. einer kooperativen Entwicklung von Frei- und Grünräumen im Quartier in den Vordergrund, welche im Folgenden näher betrachtet wird.

5. Kooperative Entwicklung grüner Freiräume: Potentiale und Herausforderungen in heterogenen Stadtquartieren und Ankunftskontexten

Die klassischen Ziele der städtischen Freiraumentwicklung bestehen darin, eine adäquate Versorgung mit Erholungsflächen sowie eine Qualifizierung, Rückgewinnung und Sicherung urbaner Frei- und Grünräume zu gewährleisten sowie städtische Biodiversität zu erhalten. Zunehmend gewinnen jedoch „mehrdimensionale Zielsetzungen und Strategien“ an Bedeutung, wozu beispielsweise ein integriertes Nutzungsmanagement und kooperative Ansätze der Freiraumentwicklung zählen (BBSR 2017a: 51). Diese Entwicklung ist nicht zuletzt auch auf die Zielsetzungen der Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt zurückzuführen, welche die demokratische Teilhabe zivilgesellschaftlicher Akteure an Stadtentwicklungsprozessen, die Qualifizierung öffentlicher (Frei-)Räume sowie eine grüne bzw. ökologische Stadterneuerung beinhalten (Sondermann 2015: 98).

Die Verantwortung für den Erhalt und die Weiterentwicklung urbaner Freiräume liegt zunehmend nicht nur bei den „grünen“ Fachressorts. Die Freiraumentwicklung wird durch die Diversifizierung von Anforderungen an Freiraumfunktionen und integrierte Ansätze innerhalb der Kommunalverwaltung vielmehr zu einer „Gemeinschafts- und Daueraufgabe, an der zahlreiche Akteure innerhalb und außerhalb der Verwaltung beteiligt sind“ (BBSR 2017a: 163).

„Das Verständnis, wie Freiraumangebote in den Stadtquartieren geschaffen und qualifiziert werden, ändert sich. Freiraum wird von vielen Akteuren transformiert, schrittweise angeeignet, bespielt und in der Nutzung immer wieder verändert. […] Das staatliche Versorgungsdenken wird abgelöst, indem sich neue Akteure der Zivilgesellschaft in die Stadtproduktion mit einmischen und die Prozesse aktiv mitgestalten. Öffentliche Freiräume, die integraler Bestandteil des Alltags der Quartiersbewohner sind, stellen […] eine niedrigschwellige Plattform für solche neuen Interessen am Stadtquartier dar." (BMVBS/BBR 2008: 1)

Die kooperative Entwicklung und Gestaltung von Freiräumen wird durch die Aushandlungsprozesse und neue Formen der Zusammenarbeit zunehmend zu einem Bestandteil prozessualer Stadtentwicklung. Lokale Kooperationen zur Freiraumentwicklung können dabei lang- oder kurzfristiger Art sein und entstehen beispielsweise durch die Zusammenarbeit von Grünämtern, Stadtplanung und -entwicklung, Naturschutz, Wasserwirtschaft, Verkehr, Immobilien- und Wohnungswirtschaft, zivilgesellschaftlichen Akteuren (Bürgerinitiativen, Vereine, Privatpersonen), Einzelhandel und Wirtschaftsförderung, GrundstückseigentümerInnen und unterstützenden Organisationen (gemeinnützige Organisationen und Stiftungen) oder auch Bildungseinrichtungen und sozialen Trägern (vgl. BBSR 2017a: 163, Sondermann 2015: 100f.).

5.1. Kooperative Freiraumentwicklung zwischen *top-down* und *bottom-up*

Kooperative Freiraumentwicklung ist somit eine partizipative Form des Entwickelns und Gestaltens, verstanden als aktive Beteiligung verschiedener Akteure (aus Politik, Wirtschaft, Planung und Verwaltung, Zivilgesellschaft) an städtischen Planungs- und Entscheidungsprozessen. Innerhalb klassischer Partizipationsdiskurse werden verschiedene Ebenen oder Schichten benannt, die sich in ihrer Intensität und ihrer Wirksamkeit bzgl. der Entscheidungsmacht unterscheiden. Das von Meyer-Soylu et al. (2016: 33ff.) verwendete, auf Brinkmann (2015) sowie Stauffacher et al. (2008) basierende „Fünf-Stufen-Modell" umfasst verschiedene Formen der Partizipation: Information, Konsultation, Kooperation, Kollaboration und Empowerment (vgl. auch Arnstein 1969). Während Information und Konsultation als einseitige „Einwegkommunikation" gefasst werden können, da BürgerInnen temporär und top-down initiiert beteiligt werden und die Mitgestaltungsmöglichkeiten relativ gering bleiben, können Kooperation, Kollaboration und Empowerment als „Austausch" bezeichnet werden. Kooperation meint grundsätzlich die temporäre Zusammenarbeit verschiedener Akteure an einem Projekt bzw. einer Problemlösung (Terkessidis 2015: 14), wobei die Zusammenarbeit hierarchisch bis partnerschaftlich sein kann (Meyer-Soylu et al. 2016: 38). Sowohl Information und Konsultation als auch Kooperation beschreiben in erster Linie Formen der Zusammenarbeit, die in Machtstrukturen eingebunden sind. Seit den 1990er Jahren hat daher der Begriff der Kollaboration als Methode einer gleichberechtigten Zusammenarbeit im Planungskontext an Bedeutung gewonnen. Kollaboration[8] schließt die Erarbeitung einer gemeinsamen Problemdefinition und -lösung sowie einen Aushandlungsprozess „auf Augenhöhe" ein (Vgl. Roschelle/Teasley 1995). Dabei sollten die Akteure akzeptieren, „dass sie selbst im Prozess verändert werden, und diesen Wandel sogar begrüßen" (Terkessidis 2015: 14). Empowerment bedeutet schließlich, dass die Akteure zum selbstbestimmten Handeln befähigt sowie mit entsprechenden Kompetenzen ausgestattet werden und ihnen Entscheidungsmacht übertragen wird – für Kommunen also eine „Übung im Loslassen" (vgl. Meyer-Soylu et al. 2016: 38).

Bei der kooperativen Freiraumentwicklung geht es somit um eine spezifische Form der Partizipation. In den öffentlichen und auch wissenschaftlichen Debatten ist zu beobachten, dass Begriffe wie kolla-

[8] In den planerischen Diskurs fand der Begriff des „collaborative planning" Einzug durch Patsy Healey (1997), die die Relevanz kollaborativer Planung in Bezug auf Governance-Prozesse erläutert. Sie begründet die Notwendigkeit einer Entwicklung hin zu kollaborativer Planung damit, dass die Pluralisierung von Lebensstilen und das Zusammenleben und Aufeinandertreffen verschiedener Kulturen im Stadtraum eine Verständigung sowie ein gemeinsames Planen und Handeln „auf Augenhöhe" immer nötiger machen.

borative, kooperative und partizipative Stadtentwicklung und auch Co-Design bzw. Co-Produktion in der Stadt immer häufiger und meist nicht trennscharf verwendet werden und jeweils sehr unterschiedliche Formen der Zusammenarbeit und Verantwortlichkeit der beteiligten Akteure gemeint sein können. Auch wenn es z.B. Projekte der Freiflächenentwicklung gibt, die einen sehr kollaborativen Charakter haben, bewegen sich die meisten Formen der Zusammenarbeit dennoch im Bereich der Kooperation, da die Kommunen weiterhin die planende und steuernde Verantwortung für die Freiraumplanung innerhalb der Städte haben.

Wir sprechen daher weiterhin von kooperativer Freiraumentwicklung und beziehen uns damit darauf, dass private und zivilgesellschaftliche Akteure beim Management sowie der Gestaltung und Herstellung öffentlicher Räume eine zunehmend wichtige Rolle spielen, indem sie sich die Verantwortung, Rechte und Pflichten in Bezug auf städtische Freiräume mit kommunalen Ämtern teilen (Berding et al. 2010). Sondermann (2017) benennt Kriterien, die im Rahmen eines kooperativ angelegten Planungsprozesses zur Entwicklung von Grün- und Freiflächen von Relevanz sind. Dazu zählen beispielsweise eine strategische Ausrichtung der Stadt- und Bezirkspolitik auf die kooperative Zusammenarbeit in der Stadtgrünentwicklung (inkl. Verwaltungsstrukturen, Verfahrensweisen), die verwaltungsinterne Klärung von Zuständigkeiten und AnsprechpartnerInnen, die ausreichende Ausstattung der Verwaltung mit Personal und Finanzmitteln sowie die Bereitschaft, neue Handlungsroutinen zu finden und Kooperationen umzusetzen. Es geht dabei um „einen neuen Blick auf bestehende Herausforderungen […] und um eine Verknüpfung bislang noch isolierter Handlungsfelder und Ziele“ (BBSR 2017a: 52f.).

Kooperative Freiraumentwicklung kann kommunal organisiert sein und damit einem **top-down Prinzip** entsprechen, wie z.B. im Falle von Beteiligungsformaten bei der Parkgestaltung. Andererseits werden Prozesse kooperativer Freiraumentwicklung einem **bottom-up Prinzip** entsprechend auch häufig durch individuelle oder institutionelle bzw. organisierte zivilgesellschaftliche Akteure eingefordert und angestoßen. Beispiele hierfür sind Gemeinschaftsgärten, aber auch neue Grünflächen auf ehemaligen Brachen, wobei diese wie auch Beet- und Baum-Patenschaften oder Müllsammelaktionen ebenso durch Impulse von Seiten der Kommune zustande kommen können, indem die Beteiligung der Bevölkerung oder auch zivilgesellschaftlicher Akteure explizit gefördert wird (vgl. BBSR 2016, 2017a: 163-164, 2017b: 60). Herrmann et al. (2017: 2f) beschreiben „lokale stadtpolitische Initiativen, die als stadtgesellschaftliche Akteure, lösungs- und handlungsorientiert, konkret an benennbaren lokalen Stadtentwicklungsprojekten mitgestalten/-arbeiten“, als stadtpolitische „Intermediäre“ oder auch „StadtmacherInnen“. Diese Initiativen nehmen nach „innen“ und „außen“ oftmals unterschiedliche Rollen ein. Sie erfahren durch die Einbindung in kooperative (oder mitunter sogar kollaborative) Prozesse eine innere Profilierung, werden aber „gleichzeitig auch zusätzlich legitimiert und mit entsprechenden Ressourcen ausgestattet (lokales Wissen, Organisations- und Kommunikationskompetenzen, Engagement/Zeit, Netzwerke und Mobilisierungspotenzial, Know-How in Finanzierung und Akquise etc.)“ (ebd.: 3). Dabei bringen sie oftmals bestimmte Kompetenzen und Ressourcen (u.a. ehrenamtliche Arbeit) ein, welche die Handlungsspielräume der Städte vergrößern. Darüber hinaus treiben sie bestehende oder entstehende Projekte explizit an, indem sie „stadtgesellschaftliche Ideen und Interessen“ vertreten (ebd.). Vereine, Initiativen, Arbeitsgruppen etc. werden teilweise durch Netzwerkarbeit, finanzielle Unterstützung oder fachliche Beratung von den Kommunen oder privatwirtschaftlichen Akteuren wie z.B. Wohnungsgenossenschaften unterstützt (ebd.; Buijs et al. 2017), wobei jedoch ein **Spannungsfeld** zwischen zivilgesellschaftlicher Autonomie und der Einflussnahme staatlicher Institutionen entstehen kann.

Insbesondere in heterogenen Kontexten wie Ankunftsquartieren erfordert das Nebeneinander verschiedener Gruppen in geteilten Räumen („co-existence in shared spaces“) eine pluralistische, demokratische Planung und Arbeit von Institutionen, die der Diversität der verschiedenen Gruppen entspricht. Durch kollaborative Planung sollen laut Buijs et al. (ebd.) die bis dato bestehenden Machtgefüge aufgebrochen, Konflikte minimiert und die Chancengleichheit der Beteiligten erhöht werden.

„It is also important to think about design issues, not only in terms of good physical access and welcoming spaces, but also by paying attention to the choreography of spaces by means of good, discreet management whilst leaving room for self-organization and moving beyond mono-cultures by encouraging diverse groups and activities to share common spaces. […] [T]he success of a particular public space is not solely in the hands of the architect, urban designer or town planner; it also relies on people adopting, using and managing the space. People make places, more than places make people." (Peters et al. 2010: 99)

Für ein solches kooperatives Herangehen an Planungs- und Gestaltungsprozesse braucht es einerseits Leitideen und Instrumente, andererseits auch genug Flexibilität und Interesse am Lernen und Experimentieren. Den gesamten Ablauf kooperativer Planung und Entwicklung sieht Sondermann (2017: 44) als **Lern-, Anpassungs- und Annäherungsprozess**. Während Methoden und Modelle für kooperative Planungsprozesse bereits seit den 1970ern entwickelt und erprobt werden, fand integriertes und kooperatives Denken in Deutschland erst zu Beginn der 2000er explizit Einzug in die Planungsprozesse (Lübke 2010: 11). Dennoch sind kooperative Planungsprozesse noch keine Selbstverständlichkeit für die Kommunen, denn „kooperative Planung ist kompliziert und bedarf einer anderen Art von Steuerung als die hoheitliche Planung, bei der kommunale Politik und Verwaltung die Ziele der Stadtentwicklung […] im traditionellen Weg der Gremienarbeit allein bestimmen" (ebd.). Die Kommunen sind auf entsprechende Ressourcen, ressortübergreifende Strukturen und Strategien angewiesen:

„Die kommunalen Verwaltungen müssen sich für neue Allianzen bei der Gestaltung und beim Management urbaner Freiräume öffnen und Kooperation einüben. Die Kommunen übernehmen stärker die Rolle des Moderators und fachlichen Beraters und benötigen hierfür die politische Unterstützung, die notwendigen Ressourcen und das Handwerkszeug (geeignete Verfahren und Finanzierungsstrategien)." (BBSR 2017a: 163)

Buijs et al. (2018) beobachten Prozesse des „scaling out" (horizontale Lern- und Transferprozesse auf der Ebene zivilgesellschaftlicher Akteure) und des „scaling up" (wenn innovative Ansätze, die auf zivilgesellschaftlicher Ebene entstanden sind, in formellere Abläufe, politische Programme und Strategien Eingang finden). Mit der zunehmenden Einbeziehung von bottom-up Initiativen geht ein neues „Verständnis des ‚lokalen Staates' mit seinen neuen Verhandlungs- und Kooperationssystemen und einer gewachsenen Aufmerksamkeit für bürgerschaftliches Engagement" einher, und „ehemals bekämpfte Formen von Selbstorganisation erfahren hierbei eine Aufwertung" (Rosol 2006: 282). Dazu ist jedoch ein Planungsverständnis nötig, welches „offen und transparent, integrierend und kooperativ sowie aktivierend und moderierend ist" (Bläser et al. 2012: 142), und eine ressortübergreifende, konzeptionelle Auseinandersetzung mit urbanem Grün. Die Freiraumentwicklung wird dann zum „Prozess kollektiver Bestimmung gemeinsamer Entwicklungspfade" (Stadt Leipzig 2017: 145). Damit sind kooperative Ansätze, zumindest in der Theorie, ein Beitrag zur Stärkung der Verfahrensgerechtigkeit bei Planungs- und Gestaltungsprozessen (siehe Kapitel 2.2. und u.a. Low 2013).

„Kooperative Freiraumentwicklung kann als eine Strategie zur Schaffung zusätzlicher Verfahrens- und Freiraumqualitäten in den Stadtquartieren verstanden werden, um die knappe Ressource Freiraum und ihre vielfältige Nutzung in der dichter werdenden Stadt zu optimieren." (BBSR 2017a: 163f.)

Es wird erwartet, dass durch die aktive Beteiligung der NutzerInnen an der Entwicklung eines Grünraums eine intensivere Frequentierung und Identifikation stattfindet und die Wertschätzung der Räume erhöht wird (vgl. Berding et al. 2010, BfN 2018: 12, BMVBS/BBR 2008: 9f.). Mögliche erhoffte Effekte kooperativer Freiraumentwicklung sind z.B. die Selbstorganisation, Belebung und kulturelle Bespielung von Freiräumen und die Übernahme von Verantwortung, welche sich positiv auf die Aufenthalts- und Nutzungsqualitäten sowie auf die gefühlte Sicherheit auswirken (BBSR 2017b: 62, BMVBS/BBR 2008: 2).

„Schließlich haben sich partizipative Verfahren der Gestaltung öffentlicher Räume insbesondere dann als erfolgreich […] erwiesen, wenn sie über die Diskussion und Einwirkungen auf Entscheidungen auch die Möglichkeiten eröffneten, selbst Hand anzulegen und den Identifikationsraum aktiv mit zu gestalten. Damit entsteht eine Verantwortlichkeit für den Erhalt und die Pflege des ‚gemeinsamen Raumes'. Dort weicht die ‚organisierte Unverantwortlichkeit' auch einer gewissen Bereitschaft zur sozialen Kontrolle." (Dangschat 2011: 7)

Buijs et al (2017, 2018) untersuchen Beispiele für die Zusammenarbeit von Kommunen und zivilgesellschaftlichen Akteuren – von kleinteiligen Begrünungsaktivitäten bis hin zum Co-Management von Grünräumen – in Hinblick auf umweltbezogene, institutionelle und soziale Resilienz[9]. Sie plädieren für eine inklusive Governance („mosaic governance"), die kollaborativ ist und eine Vielfalt an Akteuren (Einzelpersonen bis Gruppen/Institutionen) einbezieht (ebd. 2017: 2). Die Zielstellung ist eine **„kontext-sensible" Planung grüner Infrastruktur**, welche die Beziehungen zwischen einer Vielfalt an landschaftlichen Elementen und Stadtgesellschaften innerhalb der Stadt intensiviert. Neben positiven Effekten für die Umwelt (durch die Schaffung und den Erhalt von grünen Freiräumen oder eine Erhöhung der Qualität, Quantität und Diversität städtischen Grüns) und das soziale Miteinander wird auch eine größere Resilienz staatlicher Institutionen erwartet. Zivilgesellschaftlichen Akteuren wird eine „autonomous, disorganised and sometimes critical nature" zugeschrieben (ebd.). Sie bringen ihr – zum Teil vorteilhaft unformalisiertes – Wissen und innovative Ideen in die Prozesse ein (ebd.). Kooperative Stadtplanung hat damit das Potential, zu einer höheren Qualität von Entwürfen, komplexeren Problemlösungen und zukunftsfähigeren Ansätzen beizutragen (Tribble et al. 2017: 274). Jedoch kann es bei einem kontinuierlichen Prozess anhaltenden Engagements einer Vielfalt an Akteuren zur Intransparenz der Verantwortlichkeiten und zu einer Überforderung des Engagements kommen. Durch das Wegfallen bzw. Kürzungen von Fördergeldern können Projekte in ihrer Zielstellung und langfristigen Wirkung gefährdet sein (Buijs et al. 2017: 2, 3).

Generell ist die Art und Weise, wie Akteure aus Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung in Stadtentwicklungsprozessen zusammenarbeiten, je nach Kontext sehr unterschiedlich: „There are no standard answers to the specification of the systemic institutional design of governance systems for inclusionary participatory democratic practice" (Healey 1997: 294). Brand und Gaffikin (2007) stellen heraus, dass es **neue Ansätze und Methoden zur Verankerung** von kollaborativen Planungsprozessen braucht, denn „collaborative planning demands a shift from representational to discursive and participatory forms of governance" (Brand/Gaffikin 2007: 290). Damit sind jedoch Herausforderungen für die Planungspraxis und -profession verbunden:

„[Planer] müssen ihren Expertenstatus aufgeben und die Nutzer nicht nur als Stichwortgeber, sondern als ebenbürtige Partner im Planungsprozess akzeptieren. […] Deren substanzielle Beteiligung erfordert eine Schwerpunktverschiebung im beruflichen Selbstverständnis in Richtung auf gemeinschaftliche Entwurfs- und Umsetzungsprozesse. […] Ein kooperatives Planungsverständnis wird auch die Dauer und die Berechenbarkeit von Planungsprozessen beeinflussen. […] Dennoch muss es für die gesamtstädtische Entwicklung nicht von Nachteil sein, wenn Stadtentwicklung im angedeuteten Sinn bottom-up praktiziert wird, denn die Orientierung an lokalen und diversen Interessen wird letztlich die städtische Eigenart als Ganze stärken." (Hokema 2016: 26)

Es wird davor gewarnt, dass „Bürgerbeteiligung kein Allheilmittel ist, um alle Ansprüche und Bedürfnisse aller Bevölkerungsgruppen zu befriedigen", sondern vielmehr eine Kompromissfindung stattfindet (BfN 2018: 12). Lübke (2010: 11) kritisiert, dass kooperative Stadtentwicklung oftmals als Hoffnungsträger gesehen wird, „in Zeiten von sozialen, ökonomischen und demographischen Umbrüchen sowie knapper öffentlicher Ressourcen […] die verschiedensten Probleme […] zu lösen oder eine nachhaltige Entwicklung zu fördern". Roy (2015) weist jedoch nach, dass auch kollaborative Ansätze

[9] Resilienz wird dabei als Fähigkeit städtischer Systeme verstanden, erfolgreich auf sich verändernde sozio-ökologische Rahmenbedingungen zu reagieren und sich anzupassen (Buijs et al. 2017: 2).

Verdrängung und Gentrification nicht verhindern, sondern im Gegenteil durch ihre Konsensorientierung Gefahr laufen, bestehende Machtverhältnisse und Ungerechtigkeiten zu verdecken und Ungleichheiten zu verfestigen. Auch Rosol und Dzudzek (2014: 214) sehen die Betonung von Kooperation in der Planung als durchaus ambivalent an. Während sie anerkennen, dass dadurch neue Möglichkeiten und Lösungsansätze sichtbar werden und die Kritik und Vorschläge der vorigen Jahrzehnte Eingang finden, weisen sie ebenso darauf hin, dass dies die Ausgrenzung „schwächerer Akteure" mit sich bringen kann und „Ungleichheiten hinsichtlich wirtschaftlicher Macht, politischer Durchsetzungsfähigkeit, organisatorischer Stärke und sprachlicher Artikulationsfähigkeit […] durch die zunehmende Verhandlungsorientierung in Planungsprozessen oft verstärkt" (ebd.) werden anstatt verringert. Selle (2011) kritisiert eine allgemeine Zunahme der Partizipationsverfahren und spricht von einem **„participitainment"**, dessen Ergebnisse meist deutlich hinter den Erwartungen der Teilnehmenden zurückbleiben. Er warnt vor einer „Selbstverwaltung der Benachteiligung", indem Probleme und deren Handhabung stärker auf die Seite der BürgerInnen delegiert werden (Selle 1997: 43, nach Rosol/Dzudzek 2014: 214).

In ähnlicher Weise kritisieren Tribble et al. (2017), dass das Leitbild der partizipativen Verfahren oftmals für „konfliktbehaftete Stadtplanungsvorhaben strapaziert" wird. Eine mögliche Folge kooperativer Prozesse ist zudem die **„Beschränkung auf konsensfähige Themen"**, da das Erreichen gemeinsamer Ziele und nicht deren Diskussion im Mittelpunkt steht, in partizipativen Prozessen „eine bestimmte Problemsicht hergestellt wird" und Handlungsmöglichkeiten vorstrukturiert sind (Rosol/Dzudzek 2014: 214, siehe auch Roy 2015, Lang/Rothenberg 2016). Dabei besteht die Gefahr, dass „konsensorientierte, partizipative Aushandlungsformen der Durchsetzung unternehmerischer Stadtpolitik dienen, Widerstand und Kritik in sich aufnehmen und Dissens und politische Alternativen verhindern" (ebd.).

Trotz der oben erwähnten kritischen Aspekte sieht Rosol (2006) in kooperativen Prozessen und der Übertragung von Verantwortung, z.B. auf die BewohnerInnen, dennoch das Potential für eine Erweiterung der Handlungsspielräume. Grün- und Freiräume können als Interaktionsräume „einen Beitrag für ein funktionierendes soziales Zusammenleben in diversifizierten Stadtgesellschaften leisten", allerdings müssen dazu **„Gelegenheitsstrukturen für Momente der Geselligkeit"** (Wiesemann 2015: 200) geschaffen werden. Partizipative und kooperative Verfahren zur Entwicklung öffentlicher Räume können diese Funktionen insbesondere dann erfüllen, wenn die zukünftigen NutzerInnen aktiv an der Gestaltung beteiligt sind und selbst Hand anlegen und den Raum aktiv mitgestalten können (Dangschat 2011: 7).

5.2. Schritte und Formate kooperativer Freiraumentwicklung in gesellschaftlich heterogenen Stadtteilen

Wie in den vorigen Abschnitten beschrieben, erfüllen Freiräume im Quartier vielfältige Funktionen. Die Rolle als Begegnungsort wird vielfach betont, wobei ebenso herausgestellt wurde, dass ein differenzierter Blick auf die Begegnungen und Interaktionen geworfen werden muss. Weiterhin wurde in Teil 4 deutlich, welche besondere Bedeutung Grün- und Freiräume im Kontext benachteiligter Quartiere bzw. in Quartieren mit Ankunftsfunktionen haben. Insbesondere Ansätze einer gemeinschaftlichen Entwicklung haben unter den im vorherigen Teil beschriebenen Bedingungen in solchen Quartieren das Potential, sowohl zur Erhöhung der Lebensqualität des Einzelnen (Erholung, physische und mentale Gesundheit, Freude etc.) als auch zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts durch Begegnung, Kommunikation und gemeinsames Handeln beizutragen.

Im Kontext kooperativer Ansätze der Freiraumentwicklung, die eingangs in diesem Kapitel vorgestellt wurden, kann man lokale Erfordernisse und Bedarfe an Freiflächen deutlicher hervorheben und diesen, idealerweise, auch besser gerecht werden.

Die Formen der kooperativen Freiraumentwicklung können auf unterschiedliche Weise aus top-down und bottom-up Impulsen entstehen. In jedem Fall steht im Kern dieser Perspektive jedoch die Einbeziehung einer Vielzahl an Akteuren (vgl. u.a. Sondermann 2015, 2017, Buijs et al. 2017, van der Jagt et al. 2018) und mit Hinblick auf Versorgungs- und Verfahrensgerechtigkeit vor allem die Einbeziehung benachteiligter Bevölkerungsgruppen. Übliche Kritikpunkte an Partizipationsverfahren (auf Stadtteilebene) sind beispielsweise, dass meist eine sozial-selektive Beteiligung stattfindet und Erwartungen der Mitsprache und Mitgestaltung nicht erfüllt werden bzw. nicht transparent sind. Es wird vielfach von Schwierigkeiten bei Ansätzen zur Beteiligung und „Aktivierung" benachteiligter BewohnerInnen – insbesondere aber des Erreichens von Personen und Gruppen mit sogenanntem Migrationshintergrund – berichtet (vgl. Hanhörster/Reimann 2007: 68ff., Kabis-Staubach/Staubach 2017), jedoch auch kritisch angemerkt, dass die Beteiligungsangebote ohne genügend Bewusstsein für Interessen und Beteiligungshindernisse gestaltet werden bzw. zunächst eine **Perspektive der Wirksamkeit** geschaffen werden muss. Es wurden, basierend auf Erfahrungen aus der Stadtteilarbeit in benachteiligten Quartieren und solchen mit Ankunftscharakter, bereits erste Handlungsempfehlungen für die Verbesserung der Beteiligungs- und Teilhabechancen von Zuwanderern im Quartier abgeleitet (BBSR 2017b, Kabis-Staubach/Staubach 2017, Tribble et al. 2017), die im Folgenden zusammengefasst werden.

Lern- und Forschungsprozess mit „Bestandsaufnahme" im Stadtteil

Voraussetzung kooperativer Freiraumentwicklung ist eine genaue Kenntnis der Bedürfnisse im Quartier. Dazu zählen die Freiraumversorgung und -qualität, sozialstrukturelle Merkmale der Bewohnerschaft und die Rolle von Institutionen sowie Kenntnisse über die relevanten (Schlüssel-)Akteure und damit auch die vorhandenen „Ressourcen für die Entwicklung passfähiger Beteiligungsangebote" (BBSR 2017b: 31). Um Klarheit über die gewünschten Ziele zu erlangen, einen sozial inklusiven Prozess mit einer Vielzahl an betroffenen Akteuren – auch der unterrepräsentierten und weniger „lauten Stimmen" – anzustoßen und Monitoring sowie Evaluation zu ermöglichen, plädieren van der Jagt et al. (2018: 759ff.) für einen kollaborativen Lern- und Forschungsprozess mit systematischen Schritten in der Analyse. Das Wissen der AnwohnerInnen als „ExpertInnen ihres Alltags und des Ortes" (Tribble et al. 2017: 272), möglichst im Sinne einer „wertschätzenden Erkundung und Entwicklung" (vgl. „appreciative inquiry", Kuklinski-Maleh 2005), sollte dabei eine zentrale Rolle spielen.

Einbindung von Akteuren und BrückenbauerInnen: Diversität und „Mehrsprachigkeit"

Als Erfolgsfaktoren gelingender sozialräumlicher Beteiligung und Aktivierung benennen Kabis-Staubach und Staubach (2017) neben der Mitwirkung von Kultur- und SprachvermittlerInnen auch den „Dialog auf Augenhöhe" als Voraussetzung für gelingende Kommunikation. Um einen möglichst großen Anteil der Stadtteilbevölkerung zu informieren und damit die Mitwirkung an kooperativen Prozessen der Freiraumgestaltung zu ermöglichen, sollten MultiplikatorInnen gefunden werden, die unterschiedliche Zugänge mitbringen, wie beispielsweise Mehrsprachigkeit, eine eigene oder familiäre Zuwanderungsgeschichte und vertrauensvolle Beziehungen im Quartier.

Es sollten Formate der Ansprache gefunden werden, die nicht darauf angewiesen sind, dass die Menschen kommen, sondern die aufsuchend gestaltet sind und an den alltäglichen Themen und auch Problemen der Menschen ansetzen. Praktische Hilfen und verlässliche Kommunikation schaffen Vertrauen unter den Beteiligten und erhöhen bzw. ermöglichen Schritt für Schritt die Bereitschaft zu Kooperation und Mitwirkung (Kabis-Staubach/Staubach 2017: 8). Die Diversität der Akteure und involvierten Personen – z.B. hinsichtlich Sprachkenntnissen, beruflichem und sozialem Hintergrund, Alter etc. – ermöglicht nicht nur eine vielfältige Ansprache, sondern wird als „Signal der eindeutigen Wertschätzung von Vielfalt und der Anerkennung von Differenz wahrgenommen" (ebd.: 8, vgl. Hanhörster/Reimann 2007: 15, Tribble et al. 2017: 271). In einigen benachteiligten Stadtteilen übernehmen intermediäre Instanzen, wie z.B. Quartiersmanagements oder Stadtteilzentren, eine Netz-

werkfunktion. Ebenso können sogenannte Migranten(selbst-)organisationen wichtige Funktionen bei der Einbindung und Sprachmittlung für ihre jeweiligen AdressatInnen leisten; sie sind mit Alltagsproblemen und Zugängen zu weiteren Unterstützungsangeboten vertraut (BBSR 2017b: 31).

Durch Offenheit und Einfühlungsvermögen wird es ermöglicht, Bedarfe und Interessen im Quartier zu erfassen, Interesse zu wecken, Menschen direkt anzusprechen und entsprechende Formate zu entwickeln. Um Prozesse des Austauschs und der Kooperation zu schaffen, spielen vertrauensbildende Maßnahmen eine wichtige Rolle:

> *„Angesichts eines vor allem in Ankunftsstadtteilen insgesamt hochgradig fluktuierenden Umfeldes braucht es ‚Kümmerer', die mit hoher interkultureller Kompetenz, Authentizität und ausgeprägter Empathiefähigkeit kontinuierliche Beziehungsarbeit leisten und schrittweise Vertrauen aufbauen."* (Kabis-Staubach/Staubach 2017: 8)

Dabei ist es wichtig einen Blick für neue MitstreiterInnen zu entwickeln, also auch Akteure im Blick zu haben, die nicht unmittelbar mit Prozessen der Freiraum- und Stadtteilentwicklung in Verbindung gebracht werden, wie z.B. Kunst-, Kultur- und Medienschaffende. Diese vermögen neue Impulse zur Beteiligung und Teilhabe zu setzen, „sorgen für erhöhte öffentliche Wahrnehmung und bringen eigene Ressourcen in die Zusammenarbeit ein" (BBSR 2017b: 31).

Normalität der Vielfalt: Formate für Einladung bis Empowerment

Von der Bewerbung über die Einladung und Information bis hin zu verschiedenen Formen der Zusammenarbeit und der Vermittlung nötiger Kompetenzen braucht es in stadtgesellschaftlichen heterogenen Quartieren vielfältige und inklusive Beteiligungsformate und -settings (vgl. Kabis-Staubach/Staubach 2017: 10).

Die Schaffung von Aufmerksamkeit sollte auf verschiedensten Wegen erfolgen, z.B. über Aushänge, Stadtteilzeitungen, soziale Medien und persönliche Ansprache sowie über aufsuchende Arbeit im Quartier, die an den Lebenswelten der Bewohnerschaft anknüpft (BBSR 2017b: 31). Eine Regelmäßigkeit der Veranstaltungen und persönliche Kontinuität der involvierten, z.B. einladenden Personen sind dabei hilfreich. Unterstützende Angebote, wie z.B. Kinderbetreuung und Sprachmittlung, werden als „Willkommenssignal gewertet" (DUH 2015: 10). Tribble et al. (2017) skizzieren eine solche Vielfalt an Formaten am Beispiel der PlanBude, einen aus dem Stadtteil heraus konzipierten, kollektiven, frühzeitigen und vor allem auch vielseitigen Beteiligungsprozess für ein Bauvorhaben im Hamburger Stadtteil St. Pauli. Dabei wurden gezielt Alltagsorte (Bars, Läden) aufgesucht, Haustürgespräche geführt und der Stadtteil zum „Seminarraum" gemacht, indem eine Vielzahl an sehr unterschiedlichen Beteiligungsformaten und Veranstaltungen stattfand, wie z.B. Straßenfeste, Filmvorführungen und Nachbarschaftstreffen (ebd.). Über einen Zeitraum von mehreren Monaten gab es zudem eine zentrale Anlaufstelle, den PlanBuden-Container, in dem ein mehrsprachiges Team für Information und Austausch zur Verfügung stand, was es ermöglichte, „einfach mal oder immer wieder vorbeizuschauen und verschiedene Intensitäten der Beteiligung" (ebd.: 271) wahrzunehmen. Weitere Bausteine waren ein Fragebogen an alle Haushalte im Stadtteil sowie „Urbanismus-Schulkurse", innerhalb derer auch Jugend- und Kinderfragebögen erstellt und Zugänge zur Erforschung der Stadt vermittelt wurden.

In diesem Beispiel zeigt sich der Versuch, die komplexe Struktur eines solchen Planungsprozesses und auch die wissenschaftliche Perspektive auf Stadtteilentwicklung mit einem schrittweisen Vorgehen und der Nutzung nicht sprachlicher Formen der Kommunikation zugänglich zu machen (vgl. Dangschat 2011: 7). Die involvierten Personen werden in die Lage versetzt, ihre Nutzungsbedarfe an in diesem Fall grüne Freiräume zu formulieren und die komplexen Vorgänge eines kooperativen Prozesses nachzuvollziehen, was vor allem dann wichtig ist, wenn zuvor wenig Erfahrung mit Beteiligungsprozessen gemacht wurde oder die Menschen bisher „nie wirklich nach ihrer Meinung gefragt

wurden“ (ebd.). Kabis-Staubach und Staubach (2017: 4) sehen in diesem Zusammenhang das Vorhandensein von Sozial- und Systemvertrauen als Voraussetzung von Gestaltungsvertrauen an.

Weitere Beteiligungshürden können abgebaut werden, wenn darauf geachtet wird, barriere- und diskriminierungsfreie Räume (Beer 2013: 49, vgl. Amin 2002: 973) zu schaffen und eine inklusive Gesprächs- und Diskussionskultur zur fördern. Beer (2013) plädiert beispielsweise für ein „Vokabular der Vielfalt“ und schließt sich der Kritik an üblichen Begrifflichkeiten, wie z.B. Integration und „Personen mit Migrationshintergrund“, und der Fokussierung auf die Herkunft an. Sie sieht das „traditionelle Vokabular“ für Migration und Integration für den Praxisdialog mit den Menschen vor Ort als wenig geeignet an (ebd.: 41). Ob gewollt oder nicht: Bei der verallgemeinernden und nicht zuletzt häufig stigmatisierenden Bezeichnung „Menschen mit Migrationshintergrund“ werden die Heterogenität der beschriebenen Gruppe und vor allem auch die möglichen Gemeinsamkeiten mit den Menschen ohne Migrationshintergrund ausgeblendet (vgl. Yildiz 2009, Schnur 2017: 374).

Damit Quartiere explizit auch aus der Innensicht betrachtet werden können, müssten die Sichtweisen der BewohnerInnen und ihre unterschiedlichen Interessen zu Wort kommen und aus einer Politik der Integration müsste eine „Vielfaltspolitik vor Ort“ werden (Schnur 2017: 385, Beer 2013: 46f.). Es müssen Beteiligungsformate gestaltet und Kooperationsformen gefunden werden, die „partizipationsrelevante Gegenstände und Themen“ beinhalten (BBSR 2017b: 31). Die oben genannte Bestandsaufnahme und die kontext-sensible Planung (vgl. Buijs et al. 2017) bieten dafür eine mögliche Grundlage. Zentral für den Stadtgestaltungsprozess ist somit eine große Diversität der Beteiligungsformate, Methoden und Kontaktmöglichkeiten, um Räume zu kreieren, die es erlauben, „sich gegenseitig schlauer zu machen […], voneinander zu lernen, den eigenen vertrauten Ort zu verlassen, auszuschwärmen, neue Erfahrungen und Blickwinkel zuzulassen“ (Tribble et al. 2017: 272).

Transparenz der Einflussmöglichkeiten und Evaluation des Verfahrens

Die Einflussmöglichkeiten eines kooperativen Prozesses der Freiraumentwicklung sollten von Beginn an transparent und verbindlich sein. Zudem unterstützt eine gute Dokumentation und Zugänglichkeit von Beiträgen und Zwischenergebnissen die Nachvollziehbarkeit des Prozesses (vgl. Tribble et al. 2017: 271). Die Themen der Freiraumentwicklung müssen dahingehend geprüft werden, ob tatsächlich Gestaltungspotential vorhanden ist, bzw. es ist zu eruieren, wie und unter Beteiligung welcher Akteure dieses erreicht werden kann.

> *„Das Beteiligungsparadoxon, also das umgekehrt proportionale Verhältnis von Möglichkeiten der Einflussnahme einerseits und Interesse und Engagement andererseits, beschäftigt die Partizipationsforschung schon lange. Wenn es um die konkrete Umsetzung geht, bei der möglichst schon morgen etwas von dem sichtbar wird, was heute diskutiert und erarbeitet wurde, wird Beteiligung sinnhaft – vorausgesetzt, zu diesem Zeitpunkt sind überhaupt noch Veränderungsspielräume vorhanden.“* BBSR (2017b: 31)

Nicht zuletzt wächst bei kooperativen Ansätzen auch die Verantwortung für langfristige Ziele und Folgen gemeinsamen Handelns. In diesem Sinne appellieren z.B. Bläser et al. (2012: 148ff.) dafür, die Verstetigung kooperativer Prozesse, bzw. die Institutionalisierung bürgerschaftlichen Engagements, frühzeitig mitzudenken und zu fördern. Als Beispiele nennen sie Patenschaften, private Initiativen, Bürgerstiftungen und Vereine. Von Seiten der Kommunen wirkt es unterstützend, wenn Verfahrensweisen, Regelungsmechanismen und Zuständigkeiten geklärt und kommunale AnsprechpartnerInnen benannt werden sowie allgemein bürokratische Hemmnisse abgebaut werden (ebd.: 149f.).

Kooperative Ansätze stellen eine große Herausforderung für alle Beteiligten dar, und es bleibt offen, inwieweit sie sich unter den Bedingungen real bestehender kapitalistischer Markt- und Machtverhältnisse tatsächlich so realisieren lassen, wie es die Theorie beschreibt. Tribble et al. (2017) haben das Innovative, Experimentelle, ja vielleicht Revolutionäre, das in kooperativen Ansätzen steckt, wie folgt auf den Punkt gebracht:

„Um […] Formen emanzipatorischer Beteiligungs- und Planungsprozesse realisieren zu können, braucht es bei allen beteiligten Akteur_innen Mut und Offenheit zum Experiment, sowie Anerkennung und Vertrauen in das kollektive Wissen und die Expertise der Anwohner_innen als Expert_innen ihres Alltags. Nur durch die Bereitschaft, sich auf dieses ergebnisoffene Verfahren einzulassen, die Zusicherung einer tatsächlichen Einflussmöglichkeit des Stadtteils auf die Planung und schlussendlich die Umsetzung der Resultate wird es möglich, Vertrauen zu bilden und Befürchtungen, dass Partizipation in krisenhaften Situationen zum Feigenblatt wird, zu entkräften. Eine verbindliche Prozessstruktur sowie eine klare Rollenzuweisung der Beteiligten bilden dabei den stabilisierenden Rahmen." (ebd.: 275)

Der langfristige Prozess des Aufbaus und Ausbaus einer Beteiligungskultur und von Verfahren der kooperativen Freiraumentwicklung muss dafür von einer kontinuierlichen Reflexion und Evaluation unter Beteiligung der involvierten Akteure begleitet werden (BBSR 2017b: 31). Auch dafür bedarf es kreativer und innovativer Formate. Das Gestaltungspotential und die Prozessqualität werden nicht zuletzt durch die lokale „Planungskultur kooperativer Stadtgrünentwicklung" (Sondermann 2017) und die interkulturelle Öffnung innerhalb der Verwaltung allgemein (Kabis-Staubach/Staubach 2017: 9) beeinflusst. Es sollte auf Kooperationsformate hingewirkt werden, welche nicht unter dem Vorzeichen ressourcen- und defizitorientierter Ansätze stehen, sondern denen Leitgedanken wie eine „Vielfalt als Normalität" (Beer 2013: 46) und ein „diversitätsbewusster Blick" (Yildiz 2009) zugrunde liegen. Schnur (2017: 388) sieht in der Grundidee und den Forderungen nach „Partizipation statt Integration" (Roth 2012) eine Möglichkeit, „postdemokratische Situationen zu überwinden", wozu neben der Einbeziehung in Prozesse der Stadt(teil-)entwicklung auch formaldemokratische „Zugeständnisse" wie z.B. das kommunale Ausländerwahlrecht zählen (ebd.: 2).

Um dem vielfältigen Engagementpotential der Bevölkerung vor allem auf lokaler Ebene Raum zu geben (Gesemann/Roth 2017), sind ein ganzheitliches partizipatives Klima und eine langfristige Sichtweise erforderlich (Klatt 2013, Schnur 2017: 388) – eine Perspektive also, welche über Einzelmaßnahmen und projektgebundene, befristete Strukturen (Stichwort „Projektitis") deutlich hinausgeht. Im Kontext „heterotopischer Nischen" könnten nach Schnur (ebd.) abnehmende Regelungsdichten und Ermöglichungsstrukturen erprobt werden, in denen sich eine veränderte Haltung des Staates zeigt, da Kompetenzen und Kontrollmöglichkeiten abgegeben werden – „zugunsten von mehr Offenheit, mehr Vielfalt (und gegebenenfalls weniger ‚Konsens') und einer interkulturellen Öffnung zu einem ‚Quartier für alle'" (ebd.). Auch wenn ein solches Geschehen mit Blick auf die realen Gegebenheiten in vielen städtischen Kontexten im Augenblick noch reichlich utopisch erscheint, so werden durch eine solche Perspektive doch Ideen und Möglichkeiten aufgezeigt, wie eine tatsächlich gemeinschaftlich organisierte, durchgeführte und verantwortete Entwicklung zu denken wäre.

Kooperative Ansätze bleiben also ein Experiment, welches anzugehen sich im Sinne einer sozial verantwortungsbewussten und gerechten Stadt- und Quartiersentwicklung lohnt. Dazu gehören ebenso Widersprüche und Konflikte um Teilhabe sowie die Durchsetzung verschiedener Interessen, die es mit dem Ziel mach- und lebbarer Kompromisse auszuhandeln gilt. Die im vorigen Kapitel (Abschnitt 5.1.) genannten kritischen Aspekte und Gefahren der Instrumentalisierung und Konsensfokussierung müssen dabei stets mitgedacht werden und sollten vor allem auch innerhalb wissenschaftlicher und analytischer Auseinandersetzungen eine zentrale Rolle spielen.

6. Fazit, Wissenslücken und weiterer Forschungsbedarf

Die Debatte zur Rolle und Funktion urbaner Frei- und Grünräume im Quartier (bzw. in verschiedenen Quartierskontexten) hat in den letzten Jahren an Perspektiven gewonnen und ist sowohl thematisch als auch hinsichtlich der theoretisch-konzeptionellen Zugänge vielschichtiger geworden (siehe Kapitel 2 und 3). Verschiedene Debatten beginnen darüber hinaus, Bezug aufeinander zu nehmen, jedoch besteht noch viel Unkenntnis zwischen einzelnen Strängen wie auch zwischen den akademischen Debatten und der Praxis bzw. praxisnahen Debatten und der realen Praxis. Die soziale Perspektive

hat in der Diskussion zu Stadtgrün und Begrünung zugenommen und auch kritische Aspekte – wie die der Umweltgerechtigkeit, v.a. der Verteilungs- und Verfahrensgerechtigkeit, und der Rolle von Freiräumen im Kontext der Teilhabe – rücken mehr in den Vordergrund. Diese Debatten und Ansätze sollten ausgebaut werden, denn wenig bis unreflektierte Vermutungen zum grundsätzlich positiven Effekt von Stadtgrün und Begrünung für das soziale Miteinander sind nach wie vor weit verbreitet. Insbesondere werden Aspekte der sozialräumlichen Ungleichheit, ungleiche Zugangs-, Verteilungs- und Machtlogiken kapitalistischer Marktbedingungen und die Bedingungen multipler Benachteiligung noch zu wenig mitgedacht. Es gibt einerseits viele Vermutungen über die positiven Effekte von städtischem Grün, also urbaner grüner Infrastruktur, für den städtischen Sozialraum bzw. den sozialen Zusammenhalt. Andererseits werden Probleme, Ambivalenzen oder Konflikte – besonders Zielkonflikte zwischen ökologischer Aufwertung und sozialem Zusammenhalt – ebenso wie ihre politökonomischen Determinanten noch immer ungenügend berücksichtigt. Neuere Debatten wie die um die Eco-Gentrification (siehe Kapitel 2.2.) weisen auf diese Problematik hin, müssten aber noch stärker Eingang in die Diskussion zur Gestaltung und Nutzung von Grünräumen finden. Andererseits werden Fragen der Stadtnatur als Wert „an sich“ sowie zur ökologischen Qualität urbaner Freiräume oftmals nicht detailliert oder gar nicht berücksichtigt, wenn die soziale Nutzung oder Teilhabefragen im Vordergrund stehen.

Der spezifische Blick der Ankunftsquartier-Perspektive ist vergleichsweise neu, zumindest mit seinem Fokus auf Ermöglichung. Noch mehr trifft dies auf die Diskussionen zur Rolle von Grün- und Freiräumen in solchen städtischen Teilräumen zu, wie wir sie anfänglich in der Vorstellung des „Nexus“ beschrieben haben (siehe Kapitel 1 und 4). Die Forschung zur Frage, in welchem Maße und wie genau urbane grüne Freiräume zum sozialen Zusammenhalt in heterogenen Quartieren beitragen können, bezieht sich bislang oftmals auf spezifische Gruppen von Zuziehenden bzw. Gruppierungen nach Herkunftsländern oder macht eine vereinfachte Trennung zwischen MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen auf. Hier bestünden Potentiale einer stärkeren Berücksichtigung aktueller Diskussionen zu Differenz und Diversität, gerade auch jene zu den ambivalenten Auswirkungen im Quartierskontext sowie auf das Zusammenleben im Quartier („gelingendes oder misslingendes Miteinander“). Diese könnte helfen, der zunehmenden Heterogenität der Bevölkerung, entsprechender Bedarfe an urbanen Freiräumen und deren Gestaltung und Nutzung sowie damit verbundener Notwendigkeiten der Aushandlung von Interessen und Konflikten gerecht zu werden. In der Diskussion zur kooperativen Freiraumentwicklung spielen Perspektiven von Menschen mit internationaler Biographie bislang eine untergeordnete Rolle, ebenso wie die Anforderungen für die Teilnahme und Teilhabe unterrepräsentierter Gruppen an kooperativen und partizipativen Prozessen allgemein (siehe Kapitel 5). Hier lohnt es sich, wie in Kapitel 5.2. angerissen, die praxisnahen Debatten zu und Erfahrungen mit der Teilhabe und Beteiligung an Stadtentwicklungsprozessen in benachteiligten Quartieren weiter mit denen zur kooperativen Freiraumentwicklung zusammenzubringen und an die neueren Diskussionen und empirischen Vertiefungen der Perspektive der Ankunftsquartiere anzubinden. Gerechtigkeitsfragen im Zusammenhang mit Aneignungsprozessen sind ein wichtiges Thema, denn die Aneignung urbaner Freiräume durch neue und ggf. exklusive Teilöffentlichkeiten, wie im Kontext kooperativer Freiraumprozesse kann auch exkludierend auf jene wirken, die durch ihre Abwesenheit unsichtbar sind. Die Rolle von Aneignungsprozessen als Repräsentationen sozialer Machtverhältnisse sowie ungleicher Durchsetzungschancen von Interessen müssen stärker ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken.

Weitestgehend unbeantwortet ist bislang auch die Frage, wie sich die spezifischen Bedarfe in Ankunftsquartieren in eine kooperative Entwicklung und Gestaltung integrieren lassen, wie unter den Bedingungen einer hohen Dynamik und Fluktuation mit Fragen der Verstetigung und Anwaltschaft umzugehen ist, wie man sicherstellen kann, dass möglichst viele BewohnerInnen, die sich am kooperativen Prozess beteiligt haben, langfristig etwas vom Ergebnis haben und wie man bestehende (positive, negative) Erfahrungen der verschiedenen Gruppen von BewohnerInnen mit kooperativen Prozessen bei aktuellen und zukünftigen Vorhaben gut einbeziehen kann. Darüber hinaus bestehen für eine Beteiligung in Ankunftsquartieren noch zusätzliche strukturelle oder funktionale Herausforde-

rungen wie Sprachbarrieren, unterschiedliche Sozialisationen und sich daraus ergebende Alltagspraxen sowie zum Teil fehlendes Vertrauen in Politik und Verwaltung. Nicht zuletzt müssen Zielkonflikte zwischen einer ökologischen Aufwertung und sich evtl. ergebenden negativen Konsequenzen für einkommensarme Haushalte (durch begleitende oder nachfolgende Sanierung und bauliche Aufwertung sowie Verdrängung) in den Blick genommen werden und im Zusammenhang mit Gerechtigkeitsdebatten diskutiert werden. Auch zur Frage, wie sich implizites Wissen sowie verschiedene Wissensbestände und Vorstellungen einer Freiraumnutzung gut integrieren lassen und wo Wissen zu Bedarfen und potentiellen Interessen der NutzerInnen fehlt, gibt es erst in Ansätzen empirisch fundierte Kenntnisse. Dasselbe gilt für die Frage, welche spezifischen Ressourcen vorhanden sind, die bislang nicht bekannt sind oder nicht genutzt werden.

Allgemein lässt sich sagen, dass die beschriebenen Zielstellungen einer kooperativen Freiraumentwicklung in der Realität der Planung grüner Freiräume insgesamt noch keine große Rolle spielen. Vielerorts fehlen auf Seiten der Kommunen die entsprechenden ämterübergreifenden Zielstellungen, Kompetenzen und Ressourcen für wirklich kooperative oder kollaborative Ansätze – seien sie top-down oder bottom-up initiiert. Darüber hinaus stellen kollaborative Prozesse eine Herausforderung für bestehende Machtverhältnisse und in diese eingeordnete Entscheidungsprozesse und -logiken dar. So gesehen besteht eine Diskrepanz zwischen der Forderung nach kooperativen Ansätzen in wissenschaftlichen Publikationen bzw. im planerischen Fachdiskurs einerseits und dem politischen Willen bzw. Vermögen zur Umsetzung solcher Ansätze durch Praxis und Zivilgesellschaft in den Städten andererseits.

Stadtgesellschaften stehen durch vermehrte Zuwanderung und Heterogenisierung vor gewaltigen Herausforderungen. So gesehen sind viele Trends der nahen Zukunft heute nur schlecht oder gar nicht absehbar. Das gilt auch für Bedarfe an Freiräume und deren Nutzung. Daher spricht vieles für das Denken entlang eines flexiblen Kontinuums von pragmatisch bis normativ oder gar utopisch; anstatt Lösungen sollten Kompromisse und ergebnisoffene Ansätze stärker in den Vordergrund treten. Es sollten Kooperationsformate angestrebt werden, welche nicht unter dem Vorzeichen ressourcen- und defizitorientierter Ansätze stehen, sondern denen eine „Vielfalt als Normalität“ (Beer 2013: 46) und ein „diversitätsbewusster Blick“ (Yildiz 2009) zugrunde liegen. Auch die (wissenschaftliche und praxisnahe) Debatte zu urbanen Freiräumen und deren Entwicklung selbst erfordert eine offene Perspektive und ein aufmerksames Auge für Kontextfaktoren, unter diesen auch Widersprüche und Konflikte. Es braucht daher konstruktiv-kritische, theoretisch fundierte und auf Anwendbarkeit orientierte Auseinandersetzungen und weitere Projekterfahrungen, um entsprechende Hemmnisse und Hindernisse zu identifizieren und die im Text an verschiedenen Stellen angesprochenen, offenen Forschungsfragen im Nexus „urbane grüne Freiräume – Ankunftsquartiere – kooperative Entwicklung“ zusammenzudenken, theoretisch zu fassen und daraus analytisches und praxisbezogenes Wissen zu generieren.

Literatur

Ali, L. (2017): Grün im Stadtquartier: Revitalisierung, Reurbanisierung, Gentrifizierung? Zur Rolle urbaner Grünflächen bei der Quartiersentwicklung am Beispiel des Lene-Voigt-Parks in Leipzig, TU Berlin, bachelor thesis.

Amin, A. (2002): Ethnicity and the multicultural city. Living with diversity. Environment and Planning A 34(6): 959-980.

Amoly, E.; Dadvand, P.; Forns, J.; López-Vicente, M.,;Basagaña, X.; Julvez, J., ... & Sunyer, J. (2014): Green and Blue Spaces and Behavioral Development in Barcelona Schoolchildren: The BREATHE Project, In: Environmental Health Perspectives 122(12): 1351-1358.

Andersson, E.; McPhearson, T.; Kremer, P.; Gomez-Baggethun, E.; Haase, D.; Tuvendal, M.; Wurster, D. (2015): Scale and context dependence of ecosystem service providing units, Ecosystem Services 12: 157-164.

Anguelovski, I., Connolly, J., Masip, L., Pearsall, H. (2017): Assessing green gentrification in historically disenfranchised neighborhoods: a longitudinal and spatial analysis of Barcelona, Urban Geography 39(3): 458-491.

anstiftung - gemeinnützige Stiftung bürgerlichen Rechts (2019): Die urbanen Gemeinschaftsgärten im Überblick. Interaktive Karte unter: https://anstiftung.de/urbane-gaerten/gaerten-im-ueberblick (1.5.2019)

Arnstein, S.R. (1969): A Ladder of Citizen Participation. Journal of the American Institute of Planners 35(4): 216-224.

Askins, K.; Pain, R. (2011): Contact Zones: Participation, Materiality, and the Messiness of Interaction. Environment and Planning D: Society and Space 29(5): 803–821.

Banzhaf, H.S., McCormick, E. (2007): Moving beyond cleanup: Identifying the Crucibles of Environmental Gentrification, Andrew Young School of Policy Studies, research Paper Series, Working Paper 07/29, http://aysps.gsu.edu/publications/2007/index.htm (9.6.2016).

Baró, F.; Haase, D.; Gómez-Baggethun, E.; Frantzeskaki, N. (2015): Mismatches between ecosystem services supply and demand in urban areas: A quantitative assessment in five European cities. Ecological Indicators 55 (2015): 146-158.

Barth, F. (1969): Ethnic Groups and Boundaries: the Social Organisation of Culture Difference. Oslo: Universitetsforlaget.

Bartl, G., Creemers, N., Floeting, H. (2019): Vielfalt und Sicherheit im Quartier, DIFU, Berlin.

Bayrischer Städtetag (2017): Integration im Stadtgrün. München. Abrufbar unter: https://www.baystaedtetag.de/fileadmin/Downloads/Broschueren/Integration_im_Stadtgruen.pdf (31.1.2019).

BBSR (2019): Soziale Vielfalt im Blick. Stadtquartiere unter Nachfragedruck, BBSR-Online-Publikation Nr. 07/2019.

Beer, I. (2013): Quartiersentwicklung als Diversitäts- und Teilhabestrategie. Zwischen traditionellen Integrationsdiskursen und gelebten Migrationsrealitäten. In: Schnur, Olaf; Zakrzewski, Philipp; Drilling, Matthias (Hrsg.): Migrationsort Quartier. Zwischen Segregation, Integration und Interkultur. Wiesbaden: Springer VS, 41-53.

Berbéz-Blásquez, M.; Gonzales, J.A.; Pasqual, U. (2016): Towards an ecosystem services approach that addresses social power relations, Current Opinion in Environmental Sustainability 19: 134-43.

Berding, U.; Karow-Kluge, D. (2017): Begegnung in öffentlichen Räumen. Eine Annäherung an den Stand der Diskussion. Pnd online 1/2017. Abrufbar unter: https://publications.rwth-aachen.de/record/691050/files/691050.pdf (31.1.2019).

Berding, U. (2013): Öffentliche Räume - Orte der gesellschaftlichen Integration? Vhw Forum Wohnen und Stadtentwicklung 5/2013: 247-250.

Berding, U. (2012): Einer für alle? – Öffentlich nutzbare Räume als Orte gesellschaftlicher Integration. Vhw Forum Wohnen und Stadtentwicklung 1/2012: 23-26.

Berding, U.; Havemann, A.; Pegels, J.; Perenthaler, B. (2010): Alltäglich, unbemerkt, besonders. Ergebnisse des STARS-Projektes. In: Berding, U./Havemann, A./Pegels, J./Perenthaler, B. (Hrsg.): Stadträume in Spannungsfeldern. Detmold, 313–332.

Biedermann, A.; Ripperger, A.-L. (2017): Urban Gardening und Stadtentwicklung. Neue Orte für konflikthafte Aushandlungsprozesse um städtischen Raum. Wiesbaden: Springer Spektrum.

Bläser, K.; Fox-Kämper, R.; Rawak , M.; Markus, W.; Roswitha , P.; Danielzyk, R.; Funke, L.; Martin, S. (2012): Urbanes Grün in der integrierten Stadtentwicklung Strategien, Projekte, Instrumente. Düsseldorf: Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen.

Blokland, T. (2003): Urban bonds. Social relationships in an inner city neighbourhood. Cambridge, UK: Polity Press.

Blokland, T. (2017): Community as Urban Practice. Cambridge, UK: Polity Press.

Böhm, J.; Böhme, C.; Bunzel , A.; Kühnau, C.; Reinke, M. (2015): Urbanes Grün in der doppelten. Innenentwicklung. Bonn: Bundesamt für Naturschutz. Verfügbar unter: https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Pools/Forschungsdatenbank/fkz_3513_82_0500_urbanes_gruen_innenentwicklung_bf.pdf (12.2.2019).

Böhme, C.; Preuß, T.; Bunzel, A.; Reimann, B.; Seidel-Schulze, A.; Landua, D. (2015): Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum -Entwicklung von praxistauglichen Strategien und Maßnahmen zur Minderung sozial ungleich verteilter Umweltbelastungen. Umwelt und Gesundheit 1/2015, Umweltbundesamt/Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin.

Bolte G.; Bunge, C.; Hornberg C.; Köckler, H.; Mielck, A. (2012): Umweltgerechtigkeit. Chancengleichheit bei Umwelt und Gesundheit: Konzepte, Datenlage und handlungsperspektiven. Verlag Hans Huber, Bern.

Bolund, P. and Hunhammar, S. (1999): Ecosystem Services in Urban Areas. Ecological Economics 29: 293-301.

Brand, R.; Gaffikin, F. (2007): Collaborative Planning in an uncollaborative world. In: Planning Theory 6 (3): 282-313.

Bruns, L. (2014): Stadt selber machen. Ein Handbuch, JOVIS.

Bryson, J. (2013): The Nature of Gentrification, Geography Compass 7/8 (2013): 578–587.

Budnik, M.; Großmann, K.; Haase, A.; Hedtke, C.; Kullmann, K. (2017): Soziale Heterogenität und Zusammenhalt in Leipzig-Grünau: Wahrnehmungen von Bewohnern und Bewohnerinnen, In: Kabisch, S., Altrock, U., Grunze, N. (eds.): Großwohnsiedlungen im Haltbarkeitscheck, Springer, 213-242.

Buijs, A.; Hansen, R.; van der Jagt, A.; Ambrose-Oji, B.; Elands, B.; Rall, E.; Mattijssen, T.; Pauleit, S.; Runhaar, H.; Olafsson, A.; Møller, M. (2018): Mosaic governance for urban green infrastructure: Upscaling active citizenship from a local government perspective. Urban Forestry & Urban Greening, 18.06.2018.

Buijs, A. E; Mattijssen, T. JM; Van der Jagt, A. PN; Ambrose-Oji, B.; Andersson, E.; Elands, B. HM; Steen Møller, M. (2017): Active citizenship for urban green infrastructure: fostering the diversity and dynamics of citizen contributions through mosaic governance. Current Opinion in Environmental Sustainability 22: 1-6.

Bundesamt für Naturschutz (BfN)(2018): Städtische Grünflächen: Eine Handlungsanleitung. Bonn.

Bundesamt für Naturschutz (BfN)(2017): Urbane grüne Infrastruktur - Grundlage für attraktive und zukunftsfähige Städte. Bonn/Leipzig.

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)(2018): Handlungsziele für Stadtgrün und deren empirische Evidenz. Indikatoren, Kenn- und Ordnungswerte. Bonn. Abrufbar unter: https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/Sonderveroeffentlichungen/2018/handlungsziele-stadtgruen-dl.pdf?__blob=publicationFile&v=2 (10.12.2018).

Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (2017a): Urbane Freiräume: Qualifizierung, Rückgewinnung und Sicherung urbaner Frei- und Grünräume. Endbericht. Abrufbar unter: https://www.hcu-hamburg.de/fileadmin/documents/Professoren_und_Mitarbeiter/Projektentwicklung__-management/Forschung/Endbericht_Urbane-Freiraeume_final_01-11-17_web.pdf (Stand 18.2.2019).

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)(2017b): Zukunft im Quartier gestalten. Beteiligung für Zuwanderer verbessern. Abrufbar unter: https://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/zukunft-quartier-beteiligung-zuwanderer-dl.pdf (31.1.2019).

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)(2016): Freiraum-Fibel: Wissenswertes über die selbstgemachte Stadt. BBSR-Sonderveröffentlichung Juli 2016. Abrufbar unter:

https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/Sonderveroeffentlichungen/2016/freiraum-fibel.html (22.2.2019).

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)(2017):Weißbuch Stadtgrün. Grün in der Stadt – Für eine lebenswerte Zukunft. Berlin. Abrufbar unter: https://www.bmub.bund.de/fileadmin/Daten_BMU/Pools/Broschueren/weissbuch_stadtgruen_bf.pdf (Stand 5.3.2018).

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB, 2016): Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt. Gute Praxis an der Schnittstelle von Umwelt, Gesundheit und sozialer Lage. Abrufbar unter: https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Pools/Broschueren/umweltgerechtigkeit_soziale_stadt_broschuere_bf.pdf (Stand 5.4.2018).

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)(2015a): Grün in der Stadt − Für eine lebenswerte Zukunft. Grünbuch Stadtgrün. Berlin. Abrufbar unter: https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/ministerien/BMUB/VerschiedeneThemen/2015/gruenbuch-2015-dl.pdf?__blob=publicationFile&v=2 (Stand 5.3.2018).

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)(2015b): Naturschutz-Offensive 2020. Für biologische Vielfalt! Abrufbar unter: https://biologischevielfalt.bfn.de/fileadmin/NBS/documents/Veroeffentlichungen/Naturschutz_Offensive_2020_bf_CPS.pdf (Stand 5.3.2018).

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)(2007): Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt. Kabinettsbeschluss vom 7. November 2007. Abrufbar unter: https://www.bfn.de/fileadmin/BfN/biologischevielfalt/Dokumente/broschuere_biolog_vielfalt_strategie_bf.pdf (Stand 5.3.2018).

Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (2008): Gestaltung urbaner Freiräume. Dokumentation der Fallstudien im Forschungsfeld „Innovationen für familien- und altengerechte Stadtquartiere“. Werkstatt: Praxis 61.

Bundesverband Deutscher Gartenfreunde (BDG) (2017): 4. Bundes Kleingärtner Kongress. Abrufbar unter: https://www.kleingarten-bund.de/de/veranstaltungen/kongress (Stand 5.3.2019) .

Buttenberg, L.; Overmeyer, K.; Sparts, G. (2014): Raumunternehmen: Wie Nutzer selbst Räume entwickeln. JOVIS: Berlin.

Curran, W.; Hamilton, T. (2012): Just green enough: contesting environmental gentrification in Greenpoint, Brooklyn, Local Environment, 17(9): 1027-1042.

Dangschat, J. (2011): Partizipation, Integration und öffentlicher Raum. eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung 01/2011.

Deutsche Umwelthilfe (DUH)(2014): Umweltgerechtigkeit durch Partizipation auf Augenhöhe. Strategien und Empfehlungen für Grünprojekte in Stadtquartieren. Abrufbar unter: http://www.duh.de/fileadmin/user_upload/download/Projektinformation/Kommunaler_Umweltschutz/Umweltgerechtigkeit/Partizipation/Partizipation-auf-Augenhoehe_web.pdf (Stand 5.3.2018).

Deutsche Umwelthilfe (DUH, 2015): Lebenswerte Stadtquartiere durch Umweltgerechtigkeit. Ein Handlungsleitfaden für Zivilgesellschaft und Kommunen. Abrufbar unter: https://daten.verwaltungsportal.de/dateien/news/3/0/1/0/6/8/umweltgerechtigkeit_broschuere_2015.pdf (9.4.2018).

Dietrich, K. (2014): Urbane Gärten für Mensch und Natur. Eine Übersicht und Bibliographie, BfN-Skripten 386.

Dines, N.; Cattell, V. (2006): Public spaces, social relations and well-being in East London. York: Joseph Rowntree Foundation.

Dirksmeier, P.; Mackrodt, U.; Helbrecht, I. (2011): Geographien der Begegnung. Geographische Zeitschrift 99 (2-3): 84-103.

Dirksmeier, P.; Helbrecht, I. (2010): Intercultural Interaction and “Situational Places”: A Perspective for Urban Cultural Geography Within and Beyond the Performative Turn. Social Geography 5: 39-48.

Dooling, S. (2009): Ecological Gentrification: A Research Agenda Exploring Justice in the City, IJURR 33(3): 621-39.

Elands, B. u. a. (2015): Policy interpretations and manifestation of biocultural diversity in urbanized Europe: conservation of lived biodiversity, Biodivers Conserv, DOI 10.1007/s10531-015-0985-6.

Elands, B. u. a. (2018): Biocultural diversity: A novel concept to assess human-nature interrelations, nature conservation and stewardship in cities, Urban Forestry & Urban Greening (2018), https://doi.org/10.1016/j.ufug.2018.04.006.

European Commission (EC) (2015): Towards an EU research and innovation policy agenda for nature-based solutions and re-naturing cities. Final Report of the Horizon 2020 expert group on nature-based solutions and re-naturing cities (full version). Brussels.

Fischer, L. K.; Kowarik, I.; Botzat, A.; Honold, J.; Haase, D.; Kabisch, N. (2015): Interaction of Biological and Cultural Diversity of Urban Green Spaces. Internal project report on the assessment of BCD in European city regions. Abrufbar unter: http://greensurge.eu/working-packages/wp2/D2.2_20151226.pdf (27.4.2018)

Fischer-Krahpol, I. (2007): Zuwanderung als Gegenstand forschender Raumplanung. Überlegungen zur Bedeutung des Raums für die Migrationsforschung und Anregungen für eine Raumanalyse zur Wahrnehmung interkultureller Realitäten in der Stadt. In: Waltz, V.; Fischer-Krapohl, I. (Hrsg.): Raum und Migration. Differenz anerkennen - Vielfalt planen - Potenziale nutzen. Dortmunder Beiträge zur Raumplanung 128: 235-252.

Fincher, R.; Iveson, K. (2008): Planning and diversity in the city: redistribution, recognition and encounter. Basingstoke/Hampshire: Palgrave Macmillan.

Fish, R.; Church, A.; Winter, M. (2016): Conceptualising cultural ecosystem services: A novel framework for research and critical engagement, Ecosystem Services 21 (2016): 208–217

Fox-Kämper, R.; Lelong, B.; Sondermann, M. (2015): Urbane Gärten als Teil grüner Infrastrukturen. RaumPlanung, 180(4): 23-29.

Fugmann, F.; Karow-Kluge, D.; Selle, K.; Kuder, T. (2017): Öffentliche Räume in stadtgesellschaftlich vielfältigen Quartieren. Vhw-Schriftenreihe 7, Berlin.

Gesemann, F.; Roth, R. (Hrsg.)(2017): Handbuch Lokale Integrationspolitik. Wiesbaden: Springer VS.

Gesemann, F.; Roth, R. (Hrsg.)(2009): Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft. Migration und Integration als Herausforderung von Kommunen. Wiesbaden: Springer VS, 195-215.

Gomez-Baggethun, E.; Barton, D. (2013): Classifying and valuing ecosystem services for urban planning, Ecological Economics 86: 235-245.

Große Kohorst, F. (2005): Projektorientierte Kooperationen. Bedeutung und Perspektiven öffentlich-privater Partnerschaften zur Pflege und Entwicklung des öffentlichen Stadtgrüns. Schriften zur Freiraum- und Landschaftskultur. Kaiserslautern: Lehrstuhl Landschafts- und Grünordnungsplanung.

Großmann, K.; Arndt, T.; Haase, A.; Rink, D.; Steinführer, A. (2015): The influence of housing oversupply on residential segregation. Exploring the post-socialist city of Leipzig. Urban Geography 36 (4): 550-577.

Haase, A. (2017): The contribution of nature-based solutions to socially inclusive urban development– some reflections from a social-environmental perspective, In: Kabisch, N. et al. (eds.): Nature-based Solutions to Climate Change Adaptation in Urban Areas. Springer, 221-236.

Haase, A.; Wolff, M.; Rink, D. (2018): From shrinkage to regrowth. The nexus between urban dynamics, land use change and ecosystem service provision, In: Kabisch, S., Koch, F., Gawel, E., Haase, A., Knapp, S., Krellenberg, K., Zehnsdorf, A. (eds.): Urban Transformations - Sustainable urban development towards resource efficiency, quality of life and resilience, Future City Series, Springer, 197-219.

Haase, A.; Budnik, M.; Großmann, K.; Haid, C.; Hedtke, C.; Kullmann, K. (2019): Soziale Differenzierung und zunehmende soziale Heterogenität in Leipzig im Spiegel von Alltagswahrnehmung und Politik. Raumforschung und Raumordnung 77(5):1–16.

Haase, D.; Lorance, E.D. (2010):Gestattungsvereinbarungen: Zwischennutzungsform urbaner Brachen (Teil 1) Statistischer Quartalsbericht/ Stadt Leipzig 1/2010. Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen, Leipzig, 44 – 46.

Haase, D.; Haase, A.; Rink, D. (2014): Conceptualizing the nexus between urban shrinkage and ecosystem services. Landscape and Urban Planning 132: 159–169.

Haase, D.; Kabisch, S.; Haase, A. et al. (2017): Greening cities e To be socially inclusive? About the alleged paradox of society and ecology in cities. Habitat International 64: 41-48.

Haass, H. (Ed.). (2010): StadtWasser: Wasserkonzepte für die Stadtgestaltung. Fraunhofer-IRB-Verlag.

Hanhörster, H.; Reimann, B. (2007): Evaluierung der Partizipation im Rahmen der Berliner Quartiersverfahren Gutachten unter besonderer Berücksichtigung der Aktivierung von Berlinerinnen und Berlinern mit migrantischer Herkunft. Berlin. Abrufbar unter: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/wohnen/quartiersmanagement/de/evaluation/download/bericht_evaluierung_partizipation.pdf (22.2.2019).

Hans; N.; Hanhörster, H.; Polivka, J.; Beißwenger, S. (2019): Die Rolle von Ankunftsräumen für die Integration Zugewanderter. Eine kritische Diskussion des Forschungsstandes. Raumforschung und Raumordnung 77(5): 1-14.

Healey, P. (1997): Collaborative Planning. Shaping Places in Fragmented Societies. Vancouver.

Helbig, M.; Jähnen, S. (2018): Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? Trends und Analysen der Segregation in 74 deutschen Städten, WZB Discussion Paper P 2018–001.

Herrmann, C.; Walz, S.; Wiesemann, E. (2017): Neue Wege zur kollaborativen Stadt. Thesen für eine neue Beteiligungskultur mit Stadtentwicklungsinitiativen in Berlin. Berlin: vhw, L.I.S.T. GmbH.

Hokema, D. (2016): Stadtgrün und Gesundheit – Umrisse eines Diskurses. RaumPlanung 186(4): 22-27.

Holm, A. (2011): Ein ökosoziales Paradoxon: Stadtumbau und Gentrifizierung, In: Politische Ökologie 124 (Post-Oil City): 45-53.

Hottenträger, G. ; Kreißl, A. (2018): Zur Nutzung städtischer Freiräume durch türkische Migrantinnen und Migranten Ergebnisse einer empirischen Studie. Geisenheim: Hochschule Geisenheim University. Abrufbar unter: https://www.hs-geisenheim.de/fileadmin/redaktion/FORSCHUNG/Institut_fuer_Freiraumentwicklung/Professur_fuer_Gesellschaft__Freiraumplanung_und_Geschichte_der_Gartenarchitektur/Forschungsbericht_GH_2018.pdf (3.3.2019).

Institut für Wohnen und Umwelt (2004): Parks und Natur in der Stadt. Konzepte und Wirkungen. Darmstadt. Abrufbar unter: https://www.iwu.de/fileadmin/user_upload/dateien/wohnen/Expertise_Parks_und_Natur_in_der_Stadt.pdf (10.2.2019).

Jacobs, J. (1963): Tod und Leben großer amerikanischer Städte. Ullstein.

Jirku, A.; Ahlert, M. (2013): StadtGrün. Fraunhofer IRB Verlag.

Kabis-Staubach, T.; Staubach, R. (2017): Beteiligung und Aktivierung im Stadtteil. Wissenschaftliche Betrachtungen und praktische Erfahrungen aus dem Planerladen in der Dortmunder Nordstadt. eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung 01/2017.

Kabisch, N.; Haase, D. (2014): Green justice or just green? Provision of urban green spaces in Berlin, Germany. Landscape and Urban Planning 122: 129-139.

Kabisch, N., Haase, D. (2018): Urban nature benefits – Opportunities for improvement of health and well-being in times of global change, Newletter on Housing and Health 29, Landes-Gesundheitsamt Baden-Würtemberg.

Kabisch, N.; Frantzeskaki, N.; Pauleit, S.; Naumann, S.; Davis, M.; Artmann, M., ... & Zaunberger, K. (2016): Nature-based solutions to climate change mitigation and adaptation in urban areas: perspectives on indicators, knowledge gaps, barriers, and opportunities for action. Ecology and Society 21(2).

Karge, T. (2013): Urbane Gärten zwischen Rückbesinnung und Globalisierung. Leitartikel des Newsle_ers des Georg-Simmel-Zentrums für Metropolenforschung, März 2013. Abrufbar unter: www.gs-zentrum.de/files/newsletter_m__rz2013_ urbane_g__rten_zwischen_r__ckbesinnung_und_globalisierung.pdf (19.5.2019).

Keeler, B. L.; Hamel, P.; McPhearson, T.; Hamann, M. H.; Donahue, M. L.; Prado, K. A. M., ... & Guerry, A. D. (2019): Social-ecological and technological factors moderate the value of urban nature. Nature (Sustainability) 2: 29-38.

Kindler, A.; Klimeczek, H.; Franck, U. (2018): Socio-Spatial Distribution of Airborne Outdoor Exposures – In Indicator for Environmental Quality, Quality of Life, and Environmental Justice: The Case Study of Berlin. In: Kabisch, S., Koch, F., Gawel, E., Haase, A., Knapp, S., Krellenberg, K., Nivala, J., Zehnsdorf, A. (Hg.): Urban Transformations. Sustainable Urban Development Through Resource Efficiency, Quality of Life and Resilience. Springer Verlag, 257-280.

Klatt, J. (2013): „Sachen für Deutsche"? Zur Perspektive von Migrantinnen und Migranten auf soziales Engagement und Bürgergesellschaft. In: Schnur, Olaf; Zakrzewski, Philipp; Drilling, Matthias (Hrsg.)(2013): Migrationsort Quartier. Zwischen Segregation, Integration und Interkultur. Wiesbaden: Springer VS, 135-150.

Kloek, M.E.; Buijs, A.E.; Boersema, J.J.; Schouten, M.G.C. (2013): Crossing Borders: Review of Concepts and Approaches in Research on Greenspace, Immigration and Society in Northwest European Countries, Landscape Research 38(1): 117-140.

Kowarik, I.; Bartz, R.; Brenck, M. (Hrsg.)(2016): Naturkapital Deutschland – TEEB DE: Ökosystemleistungen in der Stadt – Gesundheit schützen und Lebensqualität erhöhen. Technische Universität Berlin, Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung – UFZ. Berlin, Leipzig.

Kremer, P.; Hamstead, Z.; Haase, D.; McPhearson, T.; Frantzeskaki, N.; Andersson, E., ... & Baró, F. (2016): Key insights for the future of urban ecosystem services research, Ecology and Society 21, 2, 29, http://dx.doi.org/10.5751/ES-08445-210229.

Kuklinski-Maleh, C. (2005): Appreciative Inquiry. portal:bürgerbeteiligung. Abrufbar unter: http://www.stadtteilarbeit.de/themen-bb/methoden-buergerbeteiligung/239-appreciative-inquiry.html (1.4.2019).

Kumnig, S.; Rosol, M. ; Exner, A. (Eds.). (2017): Umkämpftes Grün: zwischen neoliberaler Stadtentwicklung und Stadtgestaltung von unten. transcript Verlag.

Kurtenbach, Sebastian (2015): Ankunftsgebiete – Segregation als Potential nutzen. In: El-Mafaalani, Aladin; Kurtenbach, Sebastian; Strohmeier, Klaus Peter (Hg.): Auf die Adresse kommt es an… Segregierte Stadtteile als Problem- und Möglichkeitsräume begreifen. Beltz Juventa, Weinheim und Basel, S. 306-328.

Lang, S.; Rothenberg, J. (2016): Neoliberal urbanism, public space, and the greening of the growth machine: New York Citys High Line park. Environment and Planning A 49.

Latina, L. (2017): “Cultivating Integration”? Migrant Space-making in Urban Gardens. Journal of Intercultural Studies Volume 38: 621-636.

Lofland, L. H. (1998): The public realm: Exploring the city’s quintessential social territory. New York, NY: Aldine de Gruyter.

Low, S. (2013): Public space and diversity: Distributive, procedural and interactional justice for parks, In: Young, G., Stevenson, D. (Eds.): The Ashgate research companion to planning and culture. Surrey: Ashgate Publishing, 295–310.

Low, S.; Taplin, D.; Scheld, S. (2005): Rethinking Urban Parks: Public Space and Cultural Diversity. Combined Academic.

Lübke, I. (2010): Kooperationen in der Stadtentwicklung – Eine Einführung. In: Lübke, Ingrid (Hg.): Kooperative Stadtentwicklung durch kooperative Planung. Erfahrungen aus europäischen Stadt-Regionen. Reimer: Berlin.

Maes, J.; Jacobs, S. (2015): Nature-Based Solutions for Europe’s Sustainable Development. Conservation Letters. Abrufbar unter: https://ec.europa.eu/jrc/en/publication/nature-based-solutions-europe-s-sustainable-development (1.4.2019).

Maschewsky, W. (2004): Konzepte für Verteilungs- und Verfahrensgerechtigkeit. in: Bolte, G.; Mielck, A. (Hrsg.): Umweltgerechtigkeit. Die soziale Verteilung von Umweltbelastungen, Weinheim und München, 221-230.

McCann, E. (2017): Mobilities, politics, and the future: Critical geographies of green urbanism, Env Planning A, 49(8): 1816–1823.

Meerow, S.; Newell, J.P.; Stults, M. (2016): Defining urban resilience. A review. Landscape and Urban Planning 147: 38-49.

Meyer-Soylu, S.; Parodi, O.; Trenks, H.; Seebacher, A. (2016): Das Reallabor als Partizipationskontinuum. Erfahrungen aus dem Quartier Zukunft und Reallabor 131 in Karlsruhe. Technikfolgenabschätzung – Theorie und Praxis 25(3): 31-40.

Middle, I.; Dzidic, P.; Buckley, A.; Bennett, D.; Tye, M.; Jones, R. (2014): Integrating community gardens into public parks: An innovative approach for providing ecosystem services in urban areas. Urban Forestry & Urban Greening 13(4): 638-645.

Mihailova, D. (2017): Environmental Justice in the Post-industrial, Entrepreneurial City. Thesis for the fulfilment of the Master of Science in Environmental Sciences, Policy & Management (MESPOM) jointly operated by Lund University – University of Manchester - University of the Aegean – Central European University, Lund, Sweden, June 2017.

Milcu, A.; Hanspach, J.; Abson, D.; Fischer, J. (2013): Cultural ecosystem services: a literature review and prospects for future research. Ecology and Society 18(3).

Müller, C. (2010): Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt, oekom.

Müller, C. (2012): Interkulturelle Gärten und ihr Beitrag zu Umweltgerechtigkeit. In: Bolte G.; Bunge, C.; Hornberg C.; Köckler, H.; Mielck, A. (Hrsg.): Umweltgerechtigkeit. Chancengleichheit bei Umwelt und Gesundheit: Konzepte, Datenlage und handlungsperspektiven. Verlag Hans Huber, Bern, 353-356.

Neal, Sarah; Bennett, Katy; Jones, Hannah; Cochrane, Allan; Mohan, Giles (2015): Multiculture and Public Parks: Researching Super-diversity and Attachment in Public Green Space. Popul. Space Place 21: 463–475.

Neßhöver, C. et al. (2017): The science, policy and practice of nature-based solutions: An interdisciplinary perspective, Science of the Total Environment 579 (2017): 1215–1227.

Nohl, W. (1984): Städtischer Freiraum und Reproduktion von Arbeitskraft: Einführung in eine arbeitnehmerorientierte Freiraumplanung. München: IMU Studien, Bd. 2.

Oswalt, P.; Overmeyer, K.; Misselwitz, P. (2014): Mit Zwischennutzung Stadt entwickeln, DOM publishers.

Pauleit, S.; Ambrose-Oji, B.; Andersson, E.; Anton, B.; Buijs, A.; Haase, D., ... & Mattijssen, T. (2018): Advancing urban green infrastructure in Europe: Outcomes and reflections from the GREEN SURGE project, Urban Forestry & Urban Greening.

Peters, K. (2010): Being Together in Urban Parks: Connecting Public Space, Leisure, and Diversity. Leisure Sciences 32(5): 418-433.

Peters, K.; Elands, B.; Buijs, A. (2010): Social interaction in urban parks – Stimulating social cohesion? Urban Foresting & Urban Greening 9 (2010): 93–100.

Plachecki, R. (2013): Interkulturelle Gärten – Integration erfolgreich gestalten. VIA Magazin 3-XIII-13: 50-60.

Plieninger, T.; Dijks, S.; Oteros-Rozas, E.; Bieling C. (2013) Assessing, mapping, and quantifying cultural ecosystem services at community level. Land use policy 33 (2013): 118-129.

Quastel, N. (2009): The Political Ecologies of Gentrification, Urban Geography October 30(7): 694-725.

Rall, E.; Bieling, C.; Zytynska, S.; Haase, D. (2017): Exploring city-wide patterns of cultural ecosystem service perceptions and use. Ecological Indicators 77: 80-95.

Raymond, C. et al. (2017): A framework for assessing and implementing the co-benefits of nature-based solutions in urban areas, Environmental Science and Policy 77 (2017): 15–24.

Riege, M.; Schubert, H. (2002): Sozialraumanalyse: Grundlagen – Methoden – Praxis, Opladen.

Riley, C.; Perry, K.; Ard, K.; Gardiner, M. (2018): Asset or Liability? Ecological and Sociological Tradeoffs of Urban Spontaneous Vegetation on Vacant Land in Shrinking Cities, Sustainability 10(7): 21-39.

Rink, D., Schneider, A., Haase, A., Wolff, M. (2017): Vom Leerstand zur Knappheit. Kreuzer 2/2017, 28.

Rink, D.; Behne, S. (2017):Grüne Zwischennutzungen in der wachsenden Stadt: die Gestattungsvereinbarung in Leipzig Statistischer Quartalsbericht/ Stadt Leipzig 1/2017
Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen, Leipzig: 39 – 43.

Rink, D., Arndt, T. (2016): Investigating perception of green structure configuration for afforestation in urban brownfield development by visual methods—A case study in Leipzig, Germany, Urban Forestry & Urban Greening 15: 65–74.

Rittel, K.; Bredow, L.; Wanka, E. R.; Hokema, D.; Schuppe, G.; Wilke, T., ... & Heiland, S. (2014): Grün, natürlich, gesund: Die Potenziale multifunktionaler städtischer Räume, BfN-Skripten 371.

Roschelle J.; Teasley, S.D. (1995): The Construction of Shared Knowledge in Collaborative Problem Solving. In: O'Malley C. (Hrsg.): Computer Supported Collaborative Learning. Springer: Berlin, Heidelberg.

Rosol, M. (2017): Gemeinschaftlich gärtnern in der neoliberalen Stadt. In: Kumnig, S.; Rosol, M. ; Exner, A. (Eds.). (2017): Umkämpftes Grün: zwischen neoliberaler Stadtentwicklung und Stadtgestaltung von unten. transcript Verlag, 11-32.

Rosol, M. (2011): Ungleiche Versorgung mit städtischen Grün- und Freiflächen. In: Belina, B. (Hrsg.). Urbane Differenzen: Disparitäten innerhalb und zwischen Städten (1. Aufl.). Münster: Westfälisches Dampfboot, 98-114.

Rosol, M. (2006): Gemeinschaftsgärten in Berlin. Eine qualitative Untersuchung zu Potenzialen und Risiken bürgerschaftlichen Engagements im Grünflächenbereich vor dem Hintergrund des Wandels von Staat und Planung. Dissertation, Humboldt-Universität zu Berlin.

Rosol, M.; Dzudzek, I. (2014): Partizipative Planung. In: Belina, Bernd; Naumann, Matthias; Strüver, Anke (Hrsg.): Handbuch Kritische Stadtgeographie. Münster: Westfälisches Dampfboot, 212-217.

Roth, R. (2012): Integration durch Partizipation – eine vernachlässigte Handlungsoption. Vhw Forum Wohnen und Stadtentwicklung 1: 2–8.

Roy, P. (2015): Collaborative planning – A neoliberal strategy? A study of the Atlanta BeltLine. Cities 43: 59-68.

Rubino, A. (2007): The allotment gardens of the Ile de France: a tool for social development. Journal of Mediterranean Ecology 8: 67-75.

Saunders, D. (2011): Arrival City. How the largest Migration in History is Reshaping our World. Windmill: London.

Schetke, S.; Qureshi, S.; Lautenbach, S.; Kabisch, N. (2016): What determines the use of urban green spaces in highly urbanized areas? – Examples from two fast growing Asian cities, Urban Forestry and Greening 16: 150-159.

Schillebeeckx E.; Oosterlynck S.; De Decker P. (2018): Migration and the Resourceful Neighborhood: Exploring Localized Resources in Urban Zones of Transition. In: Meeus, B.; Arnaut, K.; van Heur, B. (Hrsg.): Arrival Infrastructures. Migration and Urban Social Mobility. Basingstoke, 131-152.

Schnur, O. (2017): „Quartiersentwicklung für alle"? Von Integrationsdiskursen und Quartierspolitiken. In: Gesemann, Frank; Roth, Roland (Hrsg.)(2017): Handbuch Lokale Integrationspolitik. Wiesbaden: Springer VS, 373-391.

Schnur, O.; Zakrzewski, P.; Drilling, Matthias (Hrsg., 2013): Migrationsort Quartier. Zwischen Segregation, Integration und Interkultur. Wiesbaden: Springer VS.

Schwarz, K. (2008): Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum. Straßenraummanagement als Lösungsansatz für städtische Parks, TU Berlin, IVP-Schriften 16, Berlin.

Schwarz, N.; Moretti, M.; Bugalho, M. N.; Davies, Z. G.; Haase, D., Hack, J., ... & Knapp, S. (2017): Understanding biodiversity-ecosystem service relationships in urban areas: A comprehensive literature review, Ecosystem Services 27: 161-171.

Siebel, W. (2010): Die Zukunft der Städte. Aus Politik und Zeitgeschehen, 17/2010: 3–8.

Selle, K. (2011): »Particitainment« oder: Beteiligen wir uns zu Tode?. PNDonline 3/2011. https://publications.rwth-aachen.de/record/140376/files/2011_selle_particitainment.pdf (3.3.2019).

Selle, K. (2000): Freiraum, Siedlung, Kooperationen. Forschungsergebnisse, Hinweise für die Praxis, Folgerungen. Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur, 3-5.

Selle, K. (1997): Kooperationen im intermediären Bereich — Planung zwischen „Commodifizierung" und „zivilgesellschaftlicher Transformation". In: Schmals K.M., Heinelt H. (eds): Zivile Gesellschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Sondermann, M. (2015): Zivilgesellschaftliches Engagement und die kulturelle Dimension kooperativer Stadtgrünentwicklung am Beispiel Hannovers. Neues Archiv für Niedersachsen 1 - Zivilgesellschaft und bürgerliches Engagement: 98-111.

Sondermann, M. (2017): Planungskulturen kooperativer Stadtgrünentwicklung, Hannover.

Stadt Leipzig (2017): Lebendige grüne Stadt am Wasser. Freiraumstrategie der Stadt Leipzig. https://www.leipzig.de/fileadmin/mediendatenbank/leipzig-de/Stadt/02.3_Dez3_Umwelt_Ordnung_Sport/67_Amt_fuer_Stadtgruen_und_Gewaesser/Freiraumstrategie/Freiraumstrategie_online/Freiraumstrategie_Lebendig_gruene_Stadt_am_Wasser.pdf (1.4.2019).

Stopka, I.; Rank, S. (2013): Naturerfahrungsräume in Großstädten. Wege zur Etablierung im öffentlichen Raum, BfN Skripten 345, Bonn.

Terkessidis, M. (2015): Kollaboration. Berlin: Suhrkamp Verlag.

Tessin, W. (2012): Freiraum und Verhalten. Soziologische Aspekte der Nutzung und Planung städtischer Freiräume. Eine Einführung. Springer VS: Wiesbaden.

Tornaghi, C. (2014): Critical geography of urban agriculture. Progress in Human Geography 38(4).

Tribble, R.; Wedler, P.; Katthagen, V. (2017): PlanBude Hamburg. Kollektives Wissen als Grundlage von Stadtgestaltung. Sub\urban 5(1/2): 267-276.

Umweltbundesamt (UBA)(2016): Soziale Aspekte des Umweltschutzes/Ökologische Gerechtigkeit. Online: https://www.umweltbundesamt.de/themen/nachhaltigkeit-strategien-internationales/soziale-aspekte-des-umweltschutzesoekologische (5.4.2018).

Valentine, G. (2013): Living with difference: proximity and encounter in urban life. Geography 98: 4–9.

Valentine, G. (2008): Living with difference: reflections on geographies of encounter. Progress in Human Geography 32(3): 323–337.

Van der Jagt, A.; Smith, M.; Ambrose-Oji B.; Konijnendijk C.; van den Bosch, C.; Giannico, V.; Haase, D.; Lafortezza, R.; Nastran, M.; Pintar, M.; Železnikar, Š.; Cvejić, R. (2018): Co-creating urban green infrastructure connecting people and nature: A guiding framework and approach. Journal of Environmental Management, Oktober 2018: 1-11.

Vertovec, S. (2007): Super-diversity and its implications. Ethnic and Racial Studies 30(6): 1024-1054.

Vierikko, K.; Elands, B.; Niemelä, J.; Andersson, E.; Arjen B.; Fischer, L.-K.; Haase, D.; Kabisch, N.; Kowarik, I.; Luz, A.; Olafsson, A.; Stahl, L.; Van der Jagt, A.; van den Bosch, C. A. (2017): Considering the ways biocultural diversity helps enforce the urban green infrastructure in times of urban transformation, Current Opinion in Environmental Sustainability 22: 7-12.

Vierikko, K.; Elands, B.; Niemelä, J.; Andersson, E.; Buijs, A.; Fischer, L. K., ... & Stahl, A. O. (2016): Considering the ways biocultural diversity helps enforce the urban green infrastructure in times of urban transformation. Current opinion in environmental sustainability 22: 7-12.

Von der Haide, E. (2014): Die neuen Gartenstädte. Abrufbar unter: https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=6cad2ac7-aac6-541a-720e-9fa2f34a7448&groupId=262284 (19.5.2019).

Walker, G. (2012): Urban Greenspace: distributing an environmental good. In Walker, Gordon (Hg.): Environmental Justice. Concept, Evidence and Politics. London/New York: Routledge, S. 156-178.

Welz, J.; Haase, A.; Kabisch, S. (2017): Profile städtischer Zuwanderer in Zeiten des Wiederwachstums - das Beispiel Leipzig. disP - The Planning Review, 53(3): 18-32.

Werner, P.; Zahner, R. (2009): Biologische Vielfalt und Städte." Eine Übersicht und Bibliographie. Leipzig.

While, A.; Jonas, A.E.G.; Gibbs, D. (2004): The Environment and the Entrepreneurial City: Searching for the Urban `Sustainability Fix' in Manchester and Leeds, IJURR 28 (3): 549-69.

Weltgesundheitsorganisation (WHO)(2017): Urban green space interventions and health: A review of impacts and effectiveness. Abrufbar unter: http://www.euro.who.int/__data/assets/pdf_file/0010/337690/FULL-REPORT-for-LLP.pdf?ua=1 (3.3.2019).

Wiesemann, E. (2014): From “Win-Win” to “Lose-Lose”. How Neoliberalism Undermines the Sustainable City. Thesis at Lund University, Lund.

Wolch, J. R.; Byrne, J.; Newell, J. P. (2014): Urban green space, public health, and environmental justice. The challenge of making cities ‘just green enough’. Landscape and Urban Planning 125 (5): 234–244.

Wood, P; Landry, C. (2008): Intercultural city: planning for diversity advantage. London.

Worpole K.; Greenhalgh, L. (1996): The Freedom of the City. Demos: London.

Xu, C.; Haase, D.; Pauleit, S. (2018): The impact of different urban dynamics on green space availability: A multiple scenario modeling approach for the region of Munich, Germany, Ecological Indicators 93: 1-12.

Yildiz, E. (2009): Vom hegemonialen zu einem diversitätsbewussten Blick auf die Einwanderungsgesellschaft. Abrufbar unter: https://heimatkunde.boell.de/2009/07/18/vom-hegemonialen-zu-einem-diversitaetsbewussten-blick-auf-die-einwanderungsgesellschaft (3.3.2019).